Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265. Dienstag, den 11. November 1913. 20. Jahrg.

Die Bürgerschaftswahlen und die Frauen,

so lautet das Thema einer Volksversammlung, in der Genossin **Breitscheid**, Berlin, am morgigen Mittwoch im Gewerkschaftshaus sprechen wird. Die Frauen und Mädchen Lübecks, die zwar nicht zu den Bürgerschaftswahlen wählen, aber desto mehr wählen können und müssen, werden hoffentlich nicht verfehlen, in Massen zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Sühne des Krupp-Panamas.

Das Urteil ist so ausgefallen, wie wir es erwartet haben und wie es nach der unglaublichen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Hetze einflußreicher „staatserhaltender“ und offiziöser Organe nicht anders ausfallen konnte. Es ist auch so ausgefallen, wie wir es uns gar nicht besser wünschen können!

Brandt, das Werkzeug, ist wegen Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden; sein Auftraggeber Eccius, der ihm die Mittel zur Bestechung zur Verfügung stellte und in dessen Auftrag er sein Bestechung und Spionage betreibendes System ausübte, wurden dagegen wegen Beihilfe nur 1200 Mk. Geldstrafe zudiktiert.

Das Strafmaß entspricht durchaus dem, was wir von unserer kapitalistischen Justiz gewohnt sind. Brandt, der Subalterne, kriegt Gefängnis. Er kann ja diese ehrenrührige Strafe ertragen, denn die Firma Krupp wird ihn ja für den Verlust seiner bürgerlichen Ehre finanziell schadlos halten. Anders ist es bei dem Krupp-Direktor Eccius. Ihn wegen der Beihilfe zur Bestechung gleichfalls zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen, hätte ja geheißen, „seine soziale Stellung zu vernichten“. Mit beweglichen Worten ist das von der Verteidigung dargelegt worden. Wer sich in einer angesehenen sozialen Stellung befindet, darf ja bekanntlich bei uns schon deshalb auf ein geringeres Strafmaß, auf Vermeidung der Gefängnisstrafe rechnen, weil die Freiheitsstrafe einen Angeklagten der privilegierten Klasse in seiner sozialen Stellung schwerer treffen könnte, wie einen Subalternen oder gar einen Proletarier.

So ist denn der ungleich Schuldigere — der nicht nur unserer Auffassung, sondern auch nach Ansicht des Staatsanwalts ungleich Schuldigere! — mit einer für seine Verhältnisse lächerlich geringfügigen Geldstrafe davongekommen. Freilich, wäre die Geldstrafe zehn- oder hundertmal so hoch gewesen: die Firma Krupp würde mit verbindlichem Lächeln auch diese Kleinigkeit bezahlt haben. Sind doch 100 000 oder 200 000 Mk. für sie nur ein Trinkgeld, ein Bettel!

Wir erleben also auch in diesem Falle wieder das ewig alte Schauspiel kapitalistischer Justiz: das Werkzeug, das ausführende Organ, wird zu schwererer Strafe verurteilt; aber der Anstifter, der in viel höherem Maße schuldige Mittäter, kommt mit dem blauen Auge einer Geldstrafe davon. Er bleibt der Gentleman, der unantastbare Ehrenmann, der honorige Beamte, dem keiner etwas nachsagen kann. Das ist die glorioſe Sühne, die unsere preußische Justiz einem der Hauptschuldigen des Krupp-Panamas, des skandalösen Bestechungs- und Spionagesystems zum Vorteil der Firma Krupp und zum schweren Nachteil des Deutschen Reiches auferlegt!

Brandt kann getröstet in seine Villa zurückkehren, die er sich für den Sündenlohn seiner Spionagegelder erbaut hat, und Herr v. Eccius gar kann, wenn es ihm nur seine Gesundheit gestattet, bei einem fröhlichen Sektgelage den so harmlosen Ausgang des Prozesses feiern!

Das milde Urteil gegen Eccius begründet das Gericht damit, daß Eccius zwar durch Kenntnisnahme des Briefwechsels zwischen Schütz und Röttger auf die Gefährlichkeit der Brandtschen Spionage habe aufmerksam werden müssen, daß es ihm aber vielleicht nicht zum Bewußtsein gekommen sei, daß Brandt wirklich mit Bestechungen arbeite. Und trotzdem Herr Eccius sich doch als so weltkundiger Mann bewies — die von Liebknecht angebotenen Beweise für die außerordentliche Vorurteilslosigkeit dieses Weltmannes sind ja leider abgelehnt worden, aber schon seine Aussagen über den Kruppschen Preß-Stipendiaten Major Wangemann hätte dem Gericht beweisen müssen, welcher Skrupellosigkeit in geschäftlichen Dingen dieser weltkundige Mann fähig war! — nahm das Gericht an, daß Herr Eccius die von Brandt verübten Bestechungen vielleicht gar nicht gewollt habe.

Dazu gehört ein Glaube, der Berge zu versetzen vermag! Eccius wußte, wie auch das Urteil zugibt, daß Brandt seine Nachrichten nur durch Indiskretionen von Militärpersonen erlangte. Er wußte, daß 3500 Mk. dem Brandt als Schmiergelder zur Verfügung gestellt wurden. Er wies sie selbst an — und er soll nicht auch das Bewußtsein gehabt haben, daß bei diesen Aushorchungsmanövern des Brandt unbedingt Handlungen in Frage kommen mußten, die als Bestechung aufzufassen waren? Es mag ja sein, daß Herr Eccius durch seine ausländischen Erfahrungen nicht nur, sondern auch durch seine inländische Praxis bei der Firma Krupp in dieser Beziehung an starken Tabak gewöhnt war; aber daß er, der ehemalige hohe Justizbeamte, sich der Konsequenzen der Brandtschen Spionage und der unausbleiblichen Wirkung der Bewilligung von 3500 Mk. Schmiergeldern nicht bewußt gewesen wäre, das vermag eben doch nur ein preußisches Gericht anzunehmen!

Oder sollte vielleicht das heuchlerisch sentimentale Gewimmer des Schlußwortes des Herrn Eccius auf die Richter einen so tiefen Eindruck gemacht haben? Herr Eccius beteuerte ja, daß er nur deshalb zur Firma Krupp gegangen sei, weil er dadurch seine ausländischen diplomatischen Erfahrungen in den Dienst des Vaterlandes habe stellen können. Für 100 000 Mk. Reichswährung nota bene! Mit einem so schönen Einkommen läßt sich ja auch der Luxus einer „vaterländischen Gesinnung“ unschwer verbinden. Herr Eccius erzählte weiter, daß ihm ein hochgestellter verehrter Freund einmal die Frage vorgelegt habe, wie er nur für den Geldbeutel eines Privatmannes tätig sein möge. Dieser Vorwurf habe ihn, den mimosenhaften Gemütsmenschen völlig verstummen lassen. Aber am andern Tage sei er an dem Standbild Alfred Krupps vorbeigegangen und habe dort das erhabene Wort gelesen: „Der Zweck der Arbeit soll das Staatswohl sein.“ In diesem Sinne habe er seine Tätigkeit alle Zeit aufgefaßt.

Nun, Alfred Krupp hat ja bekanntlich seinen berüchtigten Brief an den kleinen Napoleon geschrieben, in dem er zum „Besten des Staatswohls“ seine technischen Erfindungen dem „Erbfeind“ zur Verfügung stellte. Und Herr Eccius hat nicht nur „zum Wohle des Vaterlandes“ sein sechsstelliges Direktorengehalt vergnügt eingestrichen, sondern auch seinen Spion Brandt auf die Fährte der Staatsgeheimnisse und der Geheimnisse der Fabrikkonkurrenz gesetzt, damit bei der Ausschüttung der Provisionen auch für ihn wieder ein höherer Anteil abfalle. Man muß wirklich eine Binde von Sackleinwand vor den Augen tragen, um nicht dieses Handinhandgehen von „ideellen“ und höchst materiellen Interessen wahrzunehmen! Vor dem Patriotismus aber, der sich so glänzend rentiert, der sich in Hunderttausend-Mark-Gehältern ausdrückt, sollte man doch wirklich keinen allzu hohen Respekt bekunden!

Noch eine andere Stelle des Urteils fordert zum Widerspruch heraus. Es wird da gesagt, daß durch die Verhandlungen des Krupp-Prozesses „kein Makel auf unser Beamtentum im allgemeinen“ geworfen sei. Ueber das Beamtenum im allgemeinen ist auch nicht eine Minute lang verhandelt worden. Es war immer nur die Rede von den Kornwalzern und den Zeugfeldwebeln und Zeugoffizieren, die mit der Kornwalzeraffäre im direkten Zusammenhang standen. Nicht einmal wurde die leiseste Frage nach der Verwendung der Repräsentationsgelder der höheren Krupp-Vertreter gestellt! Nicht einmal auch nur wurde der leiseste Versuch gemacht, zu ermitteln, ob denn nicht auch von höheren Stellen den Krupp-Vertretern Mitteilungen gemacht worden sein könnten, die ebenso sträflich waren, wie die der Zeugfeldwebel und Zeugleutnants! Als jedoch in allerletzter Stunde auch die Person eines höheren Offiziers in die Verhandlung gezogen wurde, da ergab sich, daß dieser höhere Offizier, ein Major, unter dem Deckmantel eines durchaus neutralen „militärischen Sachverständigen“ Reklamedienste für die Firma Krupp geleistet hätte, für die er mit 400 Mark monatlich bezahlt worden war! Die Strafkammer hätte sich also in ihrem Urteil die ganz und gar nicht zur Sache gehörigen und total unbegründeten Auslassungen über das angeblich so günstige allgemeine Ergebnis des Krupp-Prozesses doch lieber verkneifen sollen!

Die Sozialdemokratie kann, wie gesagt, mit dem Urteil im zweiten Krupp-Prozeß vollauf zufrieden sein. Und mit gleicher Genugtuung wird sie auch die Freudenartikel der Krupp-Hehler-Presse registrieren können. Alle Beschönigungen des Kruppschen Spionage- und Bestechungssystems bestätigen ja nur die sozialdemokratische Kritik, daß unser Kapitalismus immer mehr alle Begriffe der Moral unter die Füße tritt. Wenn die Ausspionierung von militärischen Geheimnissen des Staates und der Konkurrenz, von Konkurrenzpreisen und von bevorstehenden Lieferungen — alles Dinge, die Staat und Konkurrenz der spionierenden Firma im eigenen wie öffentlichen Interesse vorzuenthalten genötigt sind — etwas ganz Alltägliches, Selbstverständliches und nicht nur Einwandfreies, sondern sogar etwas Verdienstliches sein soll, wie einer der Krupp-Verteidiger zu behaupten wagte, so hat man in Deutschland wirklich keinen Anlaß mehr, sich über irgendein ausländisches Panama, über Tammany-Hall-Moral und ähnliche Dinge sittlich zu entrüsten!

Für unser Bürgertum mag es ja eine Entschuldigung sein, daß es in anderen Staaten auch nicht besser ist und daß der Großkapitalist eben gezwungen ist, auch zu den Mitteln schofelster Bestechungen zu greifen. Für uns Sozialdemokraten, die wir das kapitalistische System und die aus der Natur des Kapitalismus notwendig entspringende kapitalistische Unmoral bekämpfen, bieten natürlich die ausländischen Bestechungen und Korruptionserscheinungen keinerlei Grund zur Beschönigung der einheimischen Korruption.

Natürlich fällt es uns gar nicht ein zu behaupten, daß etwa die Geschäftspraktiken ausländischer Kanonenfirmen appetitlicher seien als die der Firma Krupp. Aber aus dieser Erkenntnis ergibt sich doch nicht etwa die Folgerung, daß nun die internationale kapitalistische Korruption zu tolerieren sei, sondern im Gegenteil die Lehre, daß der Kapitalismus überall mit gleicher Schärfe zu bekämpfen ist. Wie die Sozialdemokratie in Frankreich und England mit der gleichen Energie die gemeingefährliche Korruption des Kanonenkapitalismus entlarvt und bekämpft, so gilt der brüderliche Kampf in allen Ländern dem Ursprung aller politischen und moralischen Zerrüttung: dem kapitalistischen System überhaupt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Krupp-Prozeß

findet in der Berliner politischen Presse eine eingehende Besprechung. Die rechtsstehende Presse ist darüber einig, daß der Firma Krupp unrecht geschehen ist. Krampfhaft bemüht sich die „Kreuzzeitung“ die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung so zu drehen und zu wenden, daß an den Kruppdirektoren möglichst wenig Schuld hängen bleibt. Um die Firma Krupp weiß zu waschen, riskiert die „Kreuzzeitung“ selbst eine heftige Anrempelung des Oberstaatsanwalts und der Richter:

„Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, als habe der Oberstaatswalt und bis zu einem gewissen Grade auch die Prozeßleitung unter dem Einfluß der sozialdemokratischen und v. Metzenschen Suggestion gestanden, daß die Firma Krupp auf der Anklagebank sitze und gegen sie zu verhandeln sei. Aus dieser Perspektive wird denn auch der Beschluß begreiflicher, der fünf unbescholtene Männer, die in der

Leitung des ersten deutschen industriellen Unternehmens in führender Stelle stehen oder gestanden haben, des Meineids für fähig erklärt."

Für die „Kreuzzeitung", für die Staatsanwälte und Richter sonst unantastbar sind, ist das allerhand. Es nimmt dann weiter nicht wunder, daß das konservative Blatt erklärt, der ganze Prozeß mit seinen Schädigungen der Firma Krupp sei vermeidbar gewesen. — Die „Deutsche Tageszeitung" versucht das Taschenspieler-Kunststück, die Sozialdemokratie als die Verurteilten hinzustellen:

„Mit Herrn Liebknecht habe sich die ganze sozialdemokratische Partei schuldig gemacht, deren Presse unausgesetzt bestrebt gewesen sei, diese Angelegenheit maßlos aufzubauschen und zur Herabsetzung des eigenen Vaterlandes vor dem Auslande auszunützen."

Wenn es nach dem Wunsche des agrarischen Blattes gegangen wäre, wäre also die Sozialdemokratie und nicht die Kruppdirektoren verurteilt worden. Daß die „Post" von der Unschuld der Kruppleute überzeugt ist, braucht nicht erst versichert zu werden. Ihr Leitartikel über den Krupp-Prozeß ist eine Verteidigung der Firma mit Beschimpfungen Liebknechts gespickt. Das „Schmiergelderwesen" wird als eine übliche Gewohnheit in der Industrie so mit hingenommen. Und auf demselben Standpunkt steht die nationalliberale „Berliner Börsenzeitung". Auch das ist ein Vorteil, daß hier von anerkannten Organen der Großkapitalisten die herrschende Korruption im Geschäftsleben zugestanden wird. — Den rechtsstehenden Blättern schließt sich selbstverständlich auch die „Tägl. Rundschau" an, die in der Nichtvereidigung der Direktoren eine nichtbegründete Kränkung sieht, und der die Verurteilung des Direktors Eccius ganz überraschend kam. — Nur die „Germania" wagt einige Worte der Kritik:

„Für die Firma Krupp ist das heutige Urteil begreiflicherweise im höchsten Grade unangenehm und kompromittierend. Aber sie hat sich diese Folgen selbst zuzuschreiben, wenn sie, um ihren Betrieb zu sichern und ihren Geschäftsgewinn zu erhöhen, sich unlauterer Geschäftspraktiken bediente, die nun vom Gericht als straffällig angesehen worden sind."

Die linksliberale und Fortschrittspresse betrachtet den Ausgang des Krupp-Prozesses mit geteilten Empfindungen. Man wagt in dieser Presse das Urteil nicht für hart oder ganz ungerecht hinzustellen, aber man verhehlt auch nicht, daß es selbst diesen Kreisen lieber gewesen wäre, der Krupp-Prozeß hätte nicht stattgefunden. Es gehört eben Mut dazu, in die Sümpfe des kapitalistischen Getriebes hinabzusteigen, und der fehlt auch den Liberalen Mannen.

Bahnhofsmission als Wahlschlepper des Zentrums.

Die „Kölner Korespondenz", die den Bachemiten ganz besonders scharf auf die Finger sieht, teilt mit:

Anläßlich der Kölner Stadtratswahlen verschickte der „Verband der katholischen Mädchenschutzvereine Westdeutschlands", der bekanntlich seinen Sitz in Köln hat, folgendes heliographierte Schreiben an eine Reihe katholischer Damen Kölns:

Köln, den 29. Oktober 1913.

Sehr geehrte Dame!

Die Kölner Zentrumspartei benötigt für die Stadtratswahlen, welche am 3., 4. und 5. November stattfinden, noch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen. Sie hat uns, bei den Damen der Bahnhofsmission anfragen zu wollen, ob sie sich für den einen oder andern Tag in den Dienst der guten Sache stellen wollten. In Frage kommen die Stunden Montag, Dienstag und Mittwoch von 9—1 Uhr morgens und von 4—8 Uhr abends. Das Bureau der Zentrumspartei befindet sich in diesen Tagen in der Bürgergesellschaft.

Haben Sie doch die große Güte, uns wenn möglich mitzuteilen, ob und an welchen Tagen auf Ihre freundliche Mitarbeit gerechnet werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand (folgt Unterschrift).

Das Zentrum hat keine Fehl-Bitte getan, denn einige Damen der Bahnhofsmission haben sich in den Dienst der „guten Sache" gestellt.

Nationalliberale Sammelpolitik in Hessen-Nassau.

Die Nationalliberalen des Wahlkreises Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen planen für die nächste Reichstagswahl eine nationalliberale Sammelkandidatur, die angeblich sowohl von rechtsstehender wie von fortschrittlicher Seite Unterstützung finden soll. Ihr Endzweck soll sein, diesen Wahlkreis der Sozialdemokratie zu entreißen. Auf dem Parteitage der nationalliberalen Landesorganisation für Kurhessen, der am nächsten Sonntag, den 16. November, in Vehra stattfindet, sollen alle Einzelheiten besprochen und die näheren Abmachungen möglicherweise schon mit Aufstellung des in Betracht kommenden Kandidaten getroffen werden.

Der Liebe Mühe dürfte umsonst sein. Die Sozialdemokratie hatte bei der letzten Wahl schon im ersten Wahlgange 11313 von 23600 abgegebenen Stimmen. Bis zur nächsten Wahl dürfte die absolute Mehrheit im ersten Wahlgange gesichert sein, so daß eine Sammelpolitik an der sozialdemokratischen Vertretung des Kreises nicht zu ändern vermag.

Demonstration gegen einen Offizier.

Die Art des Generals v. Deimling, die elsässische Bevölkerung aufs höchste gegen den Militarismus zu erbittern, scheint bei untergeordneten Offizieren Nachahmung zu finden. Wie die reichsländische Presse berichtet, hat der Leutnant von Forstner im Infanterieregiment No. 99 in Zabern bei der Verleihung eines Urteils, das gegen einen Soldaten wegen Messerstecherei auf 2 Monate Gefängnis erkannte, geäußert: „Der Rekrut wäre nicht verurteilt worden, wenn er einen elsässischen Wackes zusammengestochen hätte. Er, der Leutnant, würde ihm vielmehr 10 Mk. Belohnung gegeben haben." Ein Unteroffizier soll sich noch dahin ausgelassen haben, daß er in diesem Falle aus eigener Tasche noch 3 Mk. drauflegen würde. Bereits am Sonnabend sammelten sich vor dem Offizierskasino in Zabern eine Menge Menschen an, die den Leutnant auspfiffen. Den Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett mußte der Offizier noch der Kaserne eskortiert werden. Am Sonntag wiederholten sich die Tumulte; bis spät in die Nacht hinein wurde das Haus des Leutnants belagert. Die Menschenmenge war auf über 1000 Köpfe angewachsen und machte Miene, an dem Offizier Lynchjustiz zu üben. Die Versuche des Obersten sowie des Bürgermeisters, die Menge zu beruhigen, waren erfolglos, und auch die Polizei und Gendarmerie konnten nichts ausrichten. Schließlich alarmierte man die Feuerwehr mit dem Auftrage, auf die Menge zu spritzen. Die Feuerwehr soll jedoch das Strahlrohr so gehalten haben, daß der Strahl in einem Bogen niederging, sodaß die Menge sich durch Aufspannen von Regenschirmen schützen konnte. Der Oberst requirierte darauf eine Militärabteilung, die mit geladenem Gewehr ausrückte und mehrere Verhaftungen vornahm. Die Erregung gegen das Militär ist in Zabern und Umgegend eine ganz gewaltige. Der Unteroffizier, der den Leutnant in seinen Auslassungen unterstützt hatte, wurde auf der Straße erkannt, in eine finstere Gasse gedrängt und dort mißhandelt. Den Soldaten ist nunmehr der Besuch der öffentlichen Wirtschaften streng verboten.

Der Oberst des Regiments hat sich bereits nach Straßburg begeben, um dem General v. Deimling Bericht zu erstatten.

Der Ausdruck „Wackes" bedeutet so viel wie Strolch, Lump oder Gesindel und wird vielfach angewendet, um die Einheimischen herabzusetzen. — Die offiziöse „Straßburger Post" nimmt den Leutnant in Schutz, indem sie behauptet, er habe seine Äußerung nur scherzhaft getan. Das vermag den Leutnant allerdings nicht zu entschuldigen; denn darüber mußte er sich klar sein, daß der Gebrauch eines solchen Schimpfwortes unter allen Umständen verletzend wirken muß. Vielleicht sorgt dieser Vorfall dafür, daß man sich endlich ein derart herausforderndes Benehmen der Bevölkerung gegenüber abgewöhnt!

Die Rüstungskommission.

Wie die „Nordd. Allg. Zeitung" mitteilt, wird Staatssekretär Dr. Delbrück den Vorsitz in der Kommission führen, die am 14. November im Reichstagsgebäude zusammentritt. Von den Ressorts werden vertreten sein: das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt, das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, das Finanzministerium, das Reichspostamt, das Ministerium für Handel und Gewerbe und das Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Für die Auswahl der Mitglieder des Reichstages ist der Grundsatz maßgebend gewesen, daß die großen Parteien durch je zwei, die kleinen durch je einen Abgeordneten vertreten sein sollen; innerhalb der Parteien sind die betreffenden Etatsreferenten sowie durch ihre Sachkunde geeignete Abgeordnete ausgewählt worden. Hiernach sind im Einvernehmen mit den Parteien des Reichstags folgende Abgeordnete in die Kommission berufen worden: für die Konservativen: Dietrich und Graf von Westarp; für die Reichspartei: Schultz-Bromberg; für die Wirtschaftliche Vereinigung: Behrens; für das Zentrum: Erzberger und Speck; für die Polen: Graf von Brudyoewo-Mielzynski; für die Nationalliberalen: Roland-Lücke und Dr. Bollert; für die Fortschrittliche Volkspartei: Müller-Meiningen und Liesching; für die Elsässer: Hauß; für die Sozialdemokraten: Noske.

Zu der Nichteinberufung des Genossen Dr. Liebknecht sagt das Kanzlerblatt:

„Die sozialdemokratische Fraktion hatte neben dem Abgeordneten Noske den Abgeordneten Dr. Liebknecht vorgeschlagen. Der Reichskanzler aber hat wegen der prononzierten Stellung, die der Abgeordnete Dr. Liebknecht persönlich in der öffentlichen Erörterung der sogenannten Kruppaffäre eingenommen hat, Bedenken getragen, diesem Vorschlage zu entsprechen. Der sozialdemokratischen Fraktion ist mitgeteilt worden, daß es ihr freistehe, neben dem Abgeordneten Noske noch ein anderes Fraktionsmitglied für die Berufung in die Kommission in Vorschlag zu bringen."

Mit Rücksicht auf ihre angeblich besondere Sachkunde sind in die Kommission berufen worden: Oberbürgermeister Dr. Körte in Königsberg i. Pr., Bürgermeister Schwander in Straßburg i. Els.; Studiendirektor der Handelshochschule in Köln, Prof. Dr. Eckert, sowie die Universitätsprofessoren Dr. Eduard Rosenthal in Jena und Dr. Hermann Schumacher in Bonn; Rittergutsbesitzer von Raehrich auf Puschkowa (Kreis Breslau), Wirklicher Geheimer Rat Dr. Mähnert in Dresden; der Vorsitzende des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, in Hamburg, der Präsident der Königlichen Bank in Nürnberg, von Burkhardt, der Geheime Rat Dr. Duisburg in Leverkusen, der Direktor des Schaaffhausenschen Bankvereins, Farwick in Köln, der Vorsitzende des Direktoriums des Norddeutschen Lloyds, Heineken in Bremen, der Direktor der Deutschen Bank, Prof. Dr. Helfferich in Berlin, der 1. Vizepräsident der Handelskammer in Berlin, Franz von Meldelsohn, der Vorsitzende des Vereins deutscher Ingenieure, Reichsrat Dr. von Miller in München, der Kommerzienrat Marwitz in Dresden, der Klempnerobermeister Plate in Hannover, der Generaldirektor der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Remy in Lipine, der Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Geheimer Baurat von Rieppel, der Vorsitzende des Direktoriums der Hohenlohewerke, Schaltenbrand, sowie die Geheimen Kommerzienräte Dr. Schott in Heidelberg, Weber in Gera und von Widemann in Stuttgart.

Als Aufgabe der Kommission wird bezeichnet: die bisherige Entwicklung der Grundsätze und Methoden für die Rüstungslieferungen an Heer und Marine in ihrem Zusammenhange mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung klarzulegen und die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Praxis unter vergleichender Betrachtung ähnlicher Staats- oder privater Großbetriebe des In- und Auslandes einer Untersuchung zu unterziehen. Zu diesem Zweck werden von der Kommission auf Grund einleitender Vorträge allgemeineren Inhalts nach einem im einzelnen noch festzusetzenden Arbeitsprogramm Sachverständige im kontradiktatorischen Verfahren vernommen werden.

Eine ultra-patriotische Komödie.

Als die Tatsache bekannt wurde, daß des Kaisers Schwiegersohn den Thron Braunschweigs besteigen werde, ohne auf Hannover in aller Form Verzicht geleistet zu haben, ging ein gewaltiges Rauschen durch den nationalen Blätterwald. Dem Reichskanzler wurden für den Zusammentritt des Reichstags bittere Stunden angekündigt. Die nationalliberale Fraktion vertrat auf dem Wiesbadener Vertretertag „voll und ganz" den Standpunkt der hannöverschen Nationalliberalen, daß ein Verzicht des Cumberländers auf Hannover unerläßlich sei. Die „Post", „Rheinisch-Westfälische Zeitung", „Deutsche Zeitung" usw. tobten förmlich gegen den Kanzler. Die „Leipziger Neuesten Nachr." spielten sogar den Kronprinzen gegen seinen Vater aus. Und nun ist alles ruhig, das Gekläff der nationalistischen Köter ist verstummt, nur ganz leise werden die Nationalliberalen daran erinnert, daß sie doch eine Interpellation einbringen wollten! Die Nationalliberalen denken aber offenbar gar nicht daran, für die Alldeutschen die Kastanien aus dem Feuer zu holen und sich dabei die Finger zu verbrennen. Eine Frage drängt sich dabei auf: warum bringen denn die Freikonservativen, die Vertreter der alldeutschen Wirrköpfigkeit, diese Interpellation nicht ein? Patrioten-Schulz und Reichsverbands-Liebert wären doch die gegebenen Redner dazu! Aus dem großen Radau ist ein klägliches Gewinsel geworden und wenn der Reichstag beisammen ist, wird man in allen Tonarten schweigen. Das ist das Ende der großen Komödie!

Gegen das „Kartell der schaffenden Stände".

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung schüttelt das „Kartell der schaffenden Stände" von sich. Die Vereinigung tagte in Berlin und nahm nach einem Bericht des Tischlerobermeisters Rahardt folgende Entschließung einstimmig an: „Die in der neuen Philharmonie versammelten Angehörigen des erwerbstätigen Mittelstandes erklären, daß der Beitritt des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes zum Leipziger „Kartell der schaffenden Stände" der Aufgabe einer Mittelstandsvertretung widerspricht, da sie den Kampf nach oben und unten, nicht bloß nach unten zu führen hat. Ferner erblicken sie in diesem Kartell auch an sich eine schwere Gefahr für den Mittelstand, weil seine berechtigten Interessen dabei notwendig vernachlässigt, die Lebenslage noch weiter verteuert und die Interessenkämpfe der Erwerbsstände unnötig verschärft werden."

Amtsrichter Knittel als Reichstagskandidat.

Wie der „Oberschlesische Anzeiger" mitteilt, beabsichtigt des Zentrum, den Amtsrichter Knittel — bekannt aus seinem Kampf mit dem Hauptmann Kammler — als Kandidaten für den Wahlkreis Leobschütz aufzustellen. Dieser durch den Tod des Abgeordneten Klose momentan verwaiste Wahlkreis ist eine absolut sichere Domäne des Zentrums.

Spanien.

Blutige Wahlen. Bei den am Sonntag vorgenommenen Gemeindeatswahlen in Madrid ist der Sozialist Pablo Iglesias gewählt worden. In Barcelona sind 10 Regionalisten, 7 Radikale, 3 Reaktionäre, 3 Nationalisten, ein Liberaler und ein Unabhängiger gewählt worden. Zwischen den Radikalen und den Jaimisten (Karlisten) kam es zu einer Schlägerei, wobei Schüsse gewechselt wurden. Zwei Personen sind verletzt und fünf verhaftet worden. In Almeria waren die Wahlen sehr erregt; die Urnen sind zerschlagen worden.

Balkan.

Der alte Orientjammer. Zwei furchtbar blutige Kriege sind geschlagen worden, Friedensschlüsse unter den Beteiligten und Entscheidungen der „Mächte" sind erfolgt — und nun ist die „orientalische Frage" wieder in alter Schönheit da! Ueber Albanien wird es bald genug zum Streit kommen; die diplomatischen Vorbereitungen zu neuen „Reibungen" scheinen schon im besten Gange zu sein, natürlich im Sinne: hie Dreibund, hie „Agenzia Stefani": „Gegenüber dem im Pariser „Temps" erschienenen Artikel, in dem von der neuen Botschaftervereinigung in London, welche die früheren Entscheidungen abändern könnte, die Rede ist, wird in hiesigen politischen Kreisen betont, der Dreibund werde nicht zulassen, koste es was es wolle, daß die Entscheidung der Londoner Konferenz, betreffend die Grenzen Albaniens, abgeändert werde. Uebrigens habe keine Regierung diese Absicht kundgetan. Es sei nicht wahrscheinlich, daß irgend eine Regierung Vorschläge in diesem Sinne machen werde, besonders nicht nach den Aeußerungen des russischen Ministerpräsidenten Kokowtzow." — Na, na!

Derweil veranstaltet Italien eine kleine Flottendemonstration gegen Griechenland; es schickt ein Geschwader in das Aegäische Meer, das dort „Uebungen" zu machen hat. „Zufällig" treffen auch ein englisches und ein französisches Geschwader fast gleichzeitig dort ein, natürlich ebenfalls zu „Uebungen". Die Griechen werden sich schon ihren Vers darauf machen.

Zwischen der Türkei und Griechenland ist noch immer nicht der endgültige Friedensschluß erfolgt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 11. November.

Die Frauen und die Bürgerschaftswahl. Was haben die Frauen zu den Bürgerschaftswahlen zu sagen? „Garnichts; denn sie haben ja doch kein Wahlrecht," so denken viele. Und doch unendlich viel haben die Frauen zu den Bürgerschaftswahlen zu sagen! Im Wahlkampf zur Bürgerschaft gilt es, den Standpunkt der Arbeiterschaft zur Politik des Lübecker Staates klarzustellen; es gilt abzurechnen mit der Tätigkeit der bürgerlichen Mehrheit in den letzten Jahren und ihr die Forderungen des Volkes entgegenzustellen! Sollte das die Frau weniger angehen als den Mann? Im Gegenteil! Die Schulfragen, die den großen Teil in der Rede des Genossen Hildenbrands am letzten Donnerstag ausfüllten, liegen gerade den Frauen als den Müttern aufs innigste am Herzen. Und die Wohnungspolitik, steht sie nicht dem Interesse der Hausfrau am allernächsten? Gerade die Gemeindepolitik ist es ja auch, bei der man beginnt, neue Rechte und Pflichten

den Frauen zu eröffnen. Eine moderne Stadtverwaltung, die eine energische und warmherzige Fürsorge für ihre Armen und Waisen schaffen will, kommt heute ohne die Mithilfe der weiblichen Armen- und Waisenpfleger nicht mehr aus. Nun ist's wahrlich an der Zeit, daß auch die Lübecker Arbeiterfrau ihre Stimme erhebt zu all den Fragen der Gemeindepolitik. Auch sie soll in der Oeffentlichkeit die Mittel und Wege weisen, durch die ein väterlich sorgender Staat der Wohlfahrt der besitzlosen Masse aufhelfen könnte. Gerade die Arbeiterfrau soll es, die es gewiß am besten weiß, wo sie und ihrer Nachbarin der Schuh drückt. Denn sie fühlt am schwersten die Not der langsam aber sicher um sich greifenden Arbeitslosigkeit! Wen das heranschleichende Elend der Krise noch nicht stumpf und mutlos gemacht hat, wer helfen will, sich und der gesamten Arbeiterschaft ein besseres Los zu erkämpfen, der komme zur großen öffentlichen Volksversammlung ins Gewerkschaftshaus, wo morgen, Mittwoch, den 12. November, abends 8½ Uhr, Frau Toni Breitscheid-Berlin sprechen wird über das Thema: Die Bürgerschaftswahlen und die Frauen.

Die Lübecker Bürgerschaft hat noch kurz vor den bevorstehenden Neuwahlen eine Anzahl sehr wichtiger Vorlagen zu erledigen. Gestern beschäftigte sich das Vierklassenparlament in einer langen Sitzung mit der Erbauung eines Konversationshauses in Travemünde, das nach seiner Fertigstellung und Einrichtung — ohne den Grund und Boden, der dem Staate gehört — rund eine halbe Million Mark kosten wird. Vielleicht auch mehr. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft auf Grund eines ungerechten, den Geldsack des Bürgers zum Maßstab nehmenden Wahlrechts bietet dem Senat bis zu einem gewissen Grade eine Gewähr dafür, daß von ihm beantragte ausschließlich den Interessen der besitzenden Klassen dienende Einrichtungen stets Aussicht auf Annahme haben. Nun ist es ja schon seit längerer Zeit der Wunsch einer Anzahl reicher Leute, die den Sommer in Travemünde mit süßem Nichtstun verbringen, daß dort ein Konversationshaus erbaut werden möchte, in dem sie sich gemeinsam unterhalten und amüsieren und in dem auch, wie gestern so hübsch gesagt wurde, andere kleine Scherze ausgeführt werden könnten. Wenn reiche Leute solche Bedürfnisse haben, so greifen sie aber nicht in ihren eigenen wohlgespickten Beutel, sondern sie überlassen es dem Vater Staat, für sie in ausgiebiger Weise auf Kosten der Allgemeinheit zu sorgen. Der Staat ist ihnen immer ein sehr willfähriger Vater und war es auch bezüglich des Konversationshauses. Jedenfalls bot der negative Ausgang der Verhandlungen mit dem Besitzer des Kurhauses über die Musikfrage unseren Maßgebenden willkommene Veranlassung, das Konversationshausprojekt zu verwirklichen. Und da man jedenfalls fürchtete, bei ruhiger Ueberlegung und sorgfältiger Prüfung würde sich selbst in unserm Vierklassenhause kaum eine Mehrheit dafür finden, so bezeichnete man die Vorlage als sehr dringlich und ist mit großem Eifer bemüht, sie im Eilzugstempo, das man besonders bei Erledigung sozialer Fragen niemals beobachten kann, unter Dach und Fach zu bringen.

Es kann nicht gesagt werden, daß die gestrige Beratung zwingende Gründe für die Errichtung des Konversationshauses zutage förderte. Ja, wenn Temperament und Pathos Beweismittel wären, dann hätte Herr Dr. Görtz, der von seinem Präsidentensitz zu den „gewöhnlichen" M. d. B.s hinabgestiegen war, gewiß mit seinen Ausführungen Recht gehabt; so aber blieben es schöne Redewendungen, Blender, die nur auf diejenigen wirken konnten, die sich entweder schon im voraus für den Luxusbau entschieden oder sich überhaupt nicht näher mit der Sache beschäftigt hatten. Aus der Mitte der Bürgerschaft traten besonders die bürgerlichen Herren Pape, Thiele und Böbs, sowie noch mehrere andere Mitglieder für die Ablehnung resp. kommissarische Prüfung der Vorlage ein. Den ablehnenden sozialdemokratischen Standpunkt legte in wirkungsvoller Weise Genosse Ehlers dar, der den Nachweis lieferte, daß in Lübeck noch weit wichtigere Aufgaben der Erledigung harren. Es sei viel notwendiger, daß der Staat Arbeiterwohnungen baue und die längst geforderte Schwimmhalle, die allen zugute komme, errichte. Aber dazu sei angeblich kein Geld vorhanden. Wenn das Konversationshaus wirklich eine rentable Anlage sei, so wäre es doch wunderbar, daß sich keine privaten Unternehmer finden, die selbst das Geschäft machen wollten. Man habe aber die Erfahrung machen müssen, daß dem Staat stets solche Projekte zur Ausführung überlassen werden, die Zuschüsse erforderten. Das habe man auch beim städtischen Saalbau gesehen, der am wenigsten von denen benutzt wird, für die er erbaut wurde. Da das Konversationshaus ausschließlich für die Besitzenden bestimmt ist, so lehnt die Vertretung der großen Mehrheit der Lübecker Bürger, aus deren Steuergroschen es mit bezahlt werden soll, die Vorlage ab.

Natürlich erklärte sich eine ganze Reihe erstklassiger Bürgerschaftsmitglieder in langen Ausführungen für das geplante Konversationshaus. Unter diesen verdient der Freisinnsjesuit Julius Klein, der mit echt demagogischen Mätzchen und von Nichtachtung der Arbeiterschaft zeugenden Redensarten operierte, eine besondere Würdigung. So behauptet der Mann, der bei zwei Reichstagswahlen auch um die Stimmen der Lübecker Arbeiter warb, daß das Konversationshaus hauptsächlich im Interesse des Mittelstandes und der Minderbemittelten errichtet würde. Die Steuergroschen der Arbeiter kämen dafür gar nicht in Betracht, denn diese reichten nicht einmal aus, um die Volksschulen zu unterhalten. Mit anderen Worten heißt das, die Arbeiter leisten eigentlich nichts für den Staat, der für sie so gut sorgt. Wenn man diese demagogische Beweisführung Kleins weiter fortsetzen wollte, käme man natürlich auch dahin, daß der Mittelstand und die Beamten nur Nutznießer des Staates seien, denn ihre Steuern decken auch nicht die Kosten aller staatlichen Einrichtungen, die ihnen besonders zugute kommen. Nichtjesuiten sind bisher noch immer der Meinung gewesen, daß die Gelder aller Steuerzahler zu allen Aufgaben des Staates verwendet werden und daß darin eine Differenzierung nicht stattfindet. Schließlich entdeckte Klein noch sein bekanntes warmes Herz für die Arbeitslosen, denen er mit dem Konversationshausbau helfen will. Mit Recht wurde diese allzu durchsichtige „Arbeiterfreundlichkeit" als Quatsch bezeichnet. Wenn der Senat Notstandsarbeiten ausführen will, so war ihm vom Genossen Ehlers der Weg gewiesen. Wollte man Kleins Logik folgen, dann müßte die Sozialdemokratie auch für Militär und Marine, für den Bau von Zuchthäusern und Kasernen deshalb eintreten, weil sie ja Arbeitsgelegenheit bringen. Vorläufig wird sie aber dafür eintreten, daß Kulturaufgaben erfüllt werden, die in weit größerem Maße auch den Arbeitslosen dienen, als der Bau eines Konversationshauses, dessen ehrliche Freunde wenigstens nicht bestreiten, daß es für die Besitzenden bestimmt ist.

Gegen 11 Uhr abends erfolgte die namentliche Abstimmung über die Vorlage des Senates. 36 Bürgerschaftsmitglieder stimmten dagegen, 59 dafür. Demnach war die Zweidrittelmehrheit für die Errichtung des Konversationshauses nicht erreicht. Am morgigen Mittwoch abend findet die zweite Lesung statt, in welcher die einfache Majorität entscheidet.

Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse. Die Gewerbekammer fordert die Arbeitgeber, die krankenversicherungspflichtige Arbeiter beschäftigen, auf, sich bis spätestens Donnerstag, den 13. November 1913 in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Die Gewerbekammer ist die Repräsentanz der Innungen. Sie würde gut getan haben, wenn sie diejenigen Gewerbetreibenden, die einer Innungskrankenkasse angehören resp. bei einer solchen pflichtig sind, darauf aufmerksam gemacht hätte, daß sie bei der Wahl zum Ausschuß der Ortskrankenkasse nichts zu tun haben. Barbier-, Schlachter-, Bäcker-, Schuhmacher-, Schlosser- und Tischlermeister scheiden, da sie jetzt und auch ab 1. Januar 1914 einer Innungskrankenkasse angehören, bei der Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse aus. Ob sich noch mehr Innungen den höchst überflüssigen Luxus einer Innungskrankenkasse leisten werden, ist uns nicht bekannt, aber wer ein Käßchen für sich haben will, der bleibe der Eintragung in die Wählerliste fern. Ebenso haben die Betriebe, die Betriebskrankenkassen besitzen oder ab 1. Januar 1914 gründen wollen, zur Ortskrankenkasse kein Wahlrecht. Es sind das, soweit uns bekannt, die Lübeck-Büchener Bahn, das Hochofenwerk, das Tremser Eisenwerk, die Betriebe der Baudeputation u. a. m. Da wir schon einmal bei der Wahl der Arbeitgeber sind, möchten wir nicht verfehlen, unsere Leser und Freunde, die sich für die Sache interessieren, aufmerksam zu machen, sich ebenfalls in die Wählerliste eintragen zu lassen, um eventuell mit einer selbständigen Vorschlagsliste antreten zu können.

h. **Schöffengericht** am 11. November. Ein regelmäßig wiederkehrender Gast vor Gericht ist der Schlosser Sch. Erst kürzlich wurde ihm vor der Strafkammer eine sechswöchige Haftstrafe wegen Mundraubs bestätigt (er hatte sich einige Schachteln Zigaretten angeeignet), einige Zeit vorher kam Sch. mit einem blauen Auge davon, als seine Braut wegen Diebstahls und er wegen Anstiftung dazu angeklagt war, und aus noch früherer Zeit trägt das Strafregister Vermerke, trotzdem der Angeklagte erst in den Zwanzigern steht. Heute ist er angeklagt, eine Laternen- und eine Briefkastenscheibe in den Morgenstunden zertrümmert zu haben, wofür er einen Monat Gefängnis erhielt. Nachdem Sch. einem Bekannten 70 Mark verjubeln geholfen hatte, beschimpfte er in der Klemenstwiete einen Schutzmann, was ihm drei Wochen Gefängnis einbringt. Zusammen sechs Wochen Gefängnis. Dann kommen noch drei Tage Haft hinzu, weil Sch. die Arkaden am Rathause zu mitternächtiger Stunde als Pissoir benutzte. — Auf falschen Wegen befand sich die in Not befindliche und lungenkranke Ehefrau H. Bei einem Trödler erwarb sie sich gegen Abzahlung einige alte Bettstücke für 40 Mark, die sie später zu Kinderbettchen verwandte und zum Teil als Plünn verkaufte. Sie konnte die Zahlungsbedingungen nicht einhalten, es wurde gerichtlich vorgegangen, worauf wieder Zahlung erfolgte, aber auch 15 Mk. Unkosten entstanden. Dadurch wurden die alten Fetzen nicht nur teurer, sondern es erfolgte auch Anzeige wegen Unterschlagung, da das Eigentumsrecht dem Verkäufer bis zur völligen Zahlung verbleibt. Einem Kaufmann gab Frau H. eine falsche Wohnungsadresse an und behauptete, ihr Mann bekomme monatlich das Gehalt, sie wolle am Monatsersten den gewährten Kredit bezahlen. Sie erhielt deshalb für 26 Mk. Waren. Als sich herausstellte, daß der Ehemann alle 14 Tage Geld bekam und die Wohnung sich nicht in der Ratzeburger Allee, sondern in der Marlesgrube befand, erfolgte Anzeige wegen Betruges, da die Leute nicht bezahlen konnten. Heute ist bis auf wenige Mark bei dem Trödler alles beglichen, und da auch der Kaufmann sein Geld erhalten hat, wollten beide den Strafantrag zurückziehen. Das geht nicht mehr. Die Frau wurde unter Berücksichtigung mildernder Umstände wegen Unterschlagung und Betruges zu 16 Mk. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Ein paar fremde Säcke brachte der Arbeiter W. aus der Schrotmühle mit — angeblich war er so betrunken, daß er sie nicht mehr unterscheiden konnte —, und dessen Bruder, der Händler W., verwandte sie in seinem Betriebe. Der erste erhält wegen Diebstahls 1 Woche Gefängnis, der zweite wird von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Oktober in 91 Fällen dem hiesigen Medizinalamt gemeldet. Davon betrafen 51 Fälle Scharlach, 28 (2 tödlich verlaufen) Diphtherie, 9 Masern, 2 Typhus, 1 (tödlich verlaufen) Wochenbettfieber.

mh. **Die Kunst des Renaissance-Zeitalters in Deutschland.** 2. Zyklus im Vortragswesen der Oberschulbehörde. 4. Abend. Herr Dr. Schäfer stellte sich die Aufgabe, nachdem er in seinem vorigen Vortrage Dürer in seinen volkstümlichen Blättern geschildert hatte, zur Ergänzung des Meisters als Maler und Zeichner eine Reihe der bedeutendsten Produktionen vorzuführen. Seine größte Begabung trug Dürer in seinen Zeichnungen zur Schau. Diese fertigte er zu verschiedenen Zwecken, wie zum Studium der Natur, zum Entwerfen von Bildern usw. an. Von der Fähigkeit, den Gegenständen Ausdruck zu verleihen zeugen seine Männer- und Frauenbildnisse. Man empfindet beim Anschauen der Bilder deutlich, in wie bewundernswerter Weise es Dürer gelang, die Charakterzüge eines Menschen festzuhalten. Besondere Feinsinnigkeit und erfinderisches Talent zeigen sich in der Komposition seiner Gemälde. Seine Landschaftsbilder weisen tiefes Eindringen und großes Verständnis für die Natur auf. Die Illustuationen Dürers im Gebetbuche des Kaisers Maximilian geben Kunde von seiner an Einfällen reichen Phantasie. Durch die gewaltige Gestaltungskraft Dürers und das innerliche Miterleben seiner Schöpfungen haftet allen seinen Werken, die heute noch gerade so modern sind, wie sie es immer waren und immer bleiben werden, ein unsterblicher Zug an. In reicher Zahl erstanden auf der Leinwand Lichtbilder, die Zeugnis von der großen Kunst Dürers ablegten und die durch die Ausführungen des Vortragenden verständnisvoll und zu einer sinnvolleren Betrachtung anregend, erläutert wurden.

pb. **Steckbriefling e.** Festgenommen wurden ein hiesiger Arbeiter, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Betruges, und ein Tischlergeselle aus Slomary, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Eutin wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurden.

pb. **Vorsicht beim Geldwechseln!** Am 10. ds. Mts. gegen 11¼ Uhr vormittags erschienen in einem an der Breiten Straße belegenen Konfitürengeschäfte zwei Frauen, die Kakes zu kaufen wünschten. Die eine der beiden Frauen legte ein Fünfmarkstück auf den Ladentisch und erhielt das Wechselgeld zurück. Als die Frauen sich entfernt hatten, fehlte das in Zahlung gegebene Fünfmarkstück, welches zweifellos von der Zahlenden oder deren Begleiterin eingesteckt worden ist. Die Frauen waren mit schwarzen Kopftüchern bekleidet, etwa 45 Jahre alt, und machten den Eindruck von Zigeunerinnen oder russisch-polnischen Arbeiterinnen. Den Geschäftsleuten wird nochmals Vorsicht beim Geldwechseln empfohlen.

Zweigstelle St. Lorenz der Oeffentlichen Bücherhalle, Kirchenstraße 7. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend gibt die Verwaltung der Oeffentlichen Bücherhalle bekannt, daß auf Verlangen die seit dem 1. Oktober in der Hauptbücherei gelösten oder erneuerten Lesekarten gegen Lesehefte der Zweigstelle St. Lorenz unentgeltlich umgetauscht werden können. Die Lesehefte berechtigen zur Entleihung von Büchern nur aus der Zweigstelle. Wie bekannt findet die Bücherausgabe Mittwoch und Sonnabend abends von 6—8 Uhr statt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: In der nächsten „Carmen"-Vorstellung am Donnerstag, dem 13. November, erfährt die Aufführung insofern eine Aenderung, als Fr. Tilly Schmidt die Carmen singen wird und Herr Dr. Hartzem die Oper dirigiert. Die Nachfrage nach „Korallenkettlein" ist wieder eine so starke gewesen, daß die Direktion das Stück für nächsten Sonntag, nachm. 3 Uhr, nochmals auf den Spielplan gesetzt hat. Diese Aufführung ist aber die unwiderruflich letzte, da wegen anderer Abschlüsse keine Wiederholungen mehr stattfinden können.

Schlutup. Mit den Bürgerschaftswahlen beschäftigte sich am Sonnabend eine im „Gasthof zur Post" tagende Volksversammlung. Genosse Hoff-Lübeck ließ die Tätigkeit der Bürgerschaft während der letzten beiden Jahre Revue passieren und zeigte an der Hand von Beispielen, wie die Erstklassigen die Gesetzgebungsmaschinerie zu ihren Gunsten zu beeinflussen verstehen. Auf grund des infamen Wahlunrechts, daß sich die Erstklassigen unter Verfassungsbruch zum Schutze ihrer Interessen geschaffen hätten, sei es den Schlutupern leider nicht möglich, in diesem Jahre ihre Stimme zum Protest zu erheben. Wenn sie nun auch nicht wählen könnten, so könnten sie aber wühlen, wühlen dahingehend, daß bei der Wahl in zwei Jahren das von den Schlutupern zu vergebende Mandat der Sozialdemokratie zufalle. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an, an welcher die Genossen Ackermann, Köhler und noch verschiedene andere teilnahmen, die versprachen, in eine lebhafte Agitation für den Erwerb des Bürgerrechts einzutreten.

Eine Bezirks-Jugendkonferenz für Schleswig-Holstein und Lübeck tagte am Sonntag, dem 9. November in Neumünster. Die Konferenz war besucht von 59 Personen, darunter 43 Vertreter der örtlichen Jugendausschüsse. Zurzeit bestehen in der Provinz 15 örtliche Juggendausschüsse, bei denen 1953 Jugendliche gemeldet sind. Dazu kommen noch 654 Jugendliche in fünf schleswig-holsteinischen Orten, die der Hamburger Jugendbewegung angeschlossen sind. Die Konferenz beschloß ein Statut des Bezirks-Jugendausschusses. Genosse Billian-Kiel sprach in eingehendem anregendem Vortrage über Bildungsarbeit bei der Jugend im allgemeinen. Genosse Wilhelm-Kiel gab eine Reihe von praktischen Vorschlägen für die Erziehung und Unterhaltung in den Jugendheimen. Genosse Ristau-Kiel besprach die Hindernisse, die unserer Jugendarbeit entgegenstehen und machte Vorschläge, wie ihnen zu begegnen sei. Die Arbeit für die Jugendbewegung im nächsten Jahre skizzierte Genosse Adler-Kiel. Der Bezirks-Jugendausschuß wurde von der Konferenz ermächtigt, zur Beschaffung eines Lichtbilderapparates und wegen gemeinsamen Besorgens von Referenten und Künstlern mit der Bezirks-Bildungskommission Hand in Hand zu arbeiten. Weiter wurde beschlossen, eine Bezirks-Leihbibliothek zu schaffen, deren Bestände benutzt werden sollen, um den einzelnen Jugendausschüssen fortwährend geeignetes Material zum Vorlesen zu sichern. Der Bezirksausschuß soll die Bildungskommissionen der einzelnen Orte zu Vorträgen für Jugendliche über achtzehn Jahre veranlassen. Auch soll der Bezirksausschuß fortlaufend statistische Erhebungen über die Jugendbewegung und ihre Arbeiten im Bezirk und in den einzelnen Orten veranstalten. Der Beitrag der örtlichen Jugendausschüsse wurde auf 5 Proz. der jährlichen Einnahmen festgesetzt. Als Sitz des Bezirks-Jugendausschusses wurde wieder Kiel, als Vorsitzender Gen. Adler-Kiel und als Kassierer Genosse Billian-Kiel wiedergewählt. Mit der Konferenz waren vier recht lehrreiche Ausstellungen verbunden, in welchen die Schundliteratur, die gute Jugendliteratur, Spiel- und Wandergeräte und die Gefahren des Alkoholismus veranschaulicht wurden.

Kiel. Der katholische Pfarrer und seine Küchlein. Wie sehr den katholischen Geistlichen darum zu tun ist, ihre Schäflein, namentlich die weiblichen, unter ihren Fittichen zu behalten, zeigt der nachfolgende Vorfall. Eine in Gaarden wohnende Katholikin ist willens, sich mit einem von seiner Frau geschiedenen Ehemanne zu verheiraten. Das Aufgebot ist bereits erfolgt. Daraufhin hat die Heiratslustige nachfolgendes Schreiben erhalten:

Geehrtes Fräulein!

Ich halte es für meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß eine Katholikin mit einem geschiedenen Mann eine kirchlich gültige Ehe nicht eingehen kann. Ich bitte von einem Schritt abzustehen, den Sie auf dem Sterbebette bitter bereuen werden.

Ergebenst Jos. Plagge, Pfarrer.

Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig. Es fehlt nur noch, daß der Herr Pfarrer noch mit dem Fegefeuer droht.

Hadersleben. Drohung gegen die Dänen. Bei dem Abschiedsessen für den Landrat Dryander in Hadersleben, der in das preußische Ministerium des Innern berufen wurde, hielt der Regierungspräsident von Schleswig eine Rede, in der er direkt mit Ausnahmemaßregeln gegen die Dänen drohte. Nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist die Agitation der Dänen derart zügellos geworden, daß ihre Einschränkung im Interesse des Deutschtums zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist. Mit dem Optantenvertrag sei den Dänen ein ganz besonderer Vertrauensbeweis gegeben worden. Die Absicht der Regierung war aber nicht, Reichsfeinden ein Heim zu schaffen, vielmehr glaubte man, daß die Naturalisierten sich ruhig verhalten würden. Diese Erwartungen seien getäuscht worden, die Agitation ist im Gegenteil schroffer und schlimmer als je, deshalb bliebe nur der Ausweg scharfer Gegenmaßregeln übrig.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kinder-Kleidchen
aus Barchent
85 ₰

Wir verkaufen

in dieser Woche

einen großen Posten

Damen-Mäntel

und

Kinder-Konfektion

nur moderne Fassons
und aus neuesten Stoffen

zu ganz

außergewöhnlich

billigen Preisen.

8464

Russen-Kittel
aus Barchent
1.10

Damen-Mäntel

zum Aussuchen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
6.75	10.50	13.75	16.50

Ein Paletot aus modern. Stoffen Moderne Fassons **8.75**

Ein Paletot aus Serie II. Vornehme Formen **10.50**

Ein Paletot aus Serie III. Aus Flauschstoffen **13.75**

Ein Paletot a. Serie IV, auch als Abendmantel z. trag. **16.50**

Ein Paletot aus Serie I. Aus Flauschstoffen **6.75**

Kinder-Paletots

lange Fassons, aus Stoffen englischer Art

SERIE I	Größe 1 bis 4 Einheitspreis **4.75**	Größe 5 bis 8 Einheitspreis **5.50**
SERIE II	Größe 1 bis 4 Einheitspreis **5.75**	Größe 5 bis 8 Einheitspreis **6.75**

Kinder-Kleider

aus modernen schottischen Winterstoffen mit Faltenröckchen und reicher Garnierung

Länge 60—65 cm	70—75 cm	80—85 cm	90—95 cm
5.50	**6.—**	**6.50**	**7.—**

Kinder-Kleider

ganz auf Futter, aus reinwollenen schottischen Stoffen, mit Lackgürtel und Garnierung, Grösse 65—100 cm . . . . . Grösse 65 cm **8.25**

Jede weitere Größe **50** Pfg. steigend.

Um einen frühzeitigen Einkauf für den Weihnachtsbedarf herbeizuführen, gewähren wir auf alle Waren in sämtlichen Abteilungen unserer Konfektion, ausgenommen einige Reklame-Artikel, bei Barzahlung bis zum 25. November

10% Rabatt.

Gebr. Hirschfeld, Lübeck

Breite Straße 39-41.

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Für die Gratulationen zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich.
8450 **H. Heitmann und Frau.**

Für die erwiesene Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen unsern herzlichsten Dank. (8470
Lübeck, 11. November 1913.
Joh. Körner und Kinder.

Scheibenschießstore, Schreibtisch, eichener Koffer, Fußballspiel zu verkaufen.
8456) Friedenstraße 40, part.

Tragt. Himbeersträucher
sehr billig zu verkaufen.
8458) Schützenstraße 20c.

Zu kaufen gesucht einige guterh. Mädchenkleider, passend für das Alter von 8—10 Jahren. Angeb. u. Nr. unter **E S 10** an die Exp. (8457

Gesucht 7000 Mk., 2. Geld, sof. oder 1. Jan. nach 13000 Mk. Vorstädt. Brandkasse 27000 Mk. Angeb. unt. **C H 31** an die Exp. (8461

Verloren am Sonntag ein Portemonnaie mit Inhalt, von der Adolfstr. bis Burgstr. Gegen Bel. abzugeben. (8472) Adolfstr. 14.

Mittagtisch gesucht von 2—3 Handwerkern, Nähe Krankenhaus. Angebote mit Preisangebote unter **T M 45** an die Exp. d. Bl. (8475

Dr. Winkelmann
Stockelsdorf (8436
zurückgekehrt.

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Haushaltungslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Tauc.** (1225
Fernruf 2490. Postkarte genügt.
Wakenitzstraße 25.

Visiten-Karten

empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Bebel-Büsten

Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.

Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Prima junges Rindfleisch	℔ 75 ₰
„ Schweinefleisch	℔ 85 ₰
„ Hammelfleisch	℔ 80 ₰
„ Kalbfleisch	℔ 90 ₰
„ Bratenstücke	℔ 95 ₰
„ Rollfleisch	℔ 100 ₰
„ Beefsteak	℔ 120 ₰
„ Roastbeef	℔ 100 ₰

Gustav Bernier
Königstraße 48b. (8466

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

---

104 **Willy Koch**
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 265. Dienstag, den 11. November 1913. 20. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, den 10. November.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet um 6 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Der Senat wird der Bürgerschaft von der Freilegung der Widerlager an der Puppenbrücke Mitteilung machen. Ferner hat der Senat die Baudeputation davon unterrichtet, daß für neuanzustellende Arbeiter an der Puppenbrücke die organisatorisch festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten sind.

In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. Revision des Grundsteuergesetzes wurden gewählt: Dr. v. Brocken, G. Reimpell, v. Schack, Schetelig, Dr. Schlomer. Ersatzmänner: Hinkeldeyn und Heise.

1. Antrag: Erbauung eines Konversationshauses im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde.

Den Vorsitz übernimmt Stellvertreter Jenne.

Von 45 Einwohnern Travemündes ist ein zustimmendes Schreiben für den Bau eingegangen.

Dr. Görtz weist auf die Aufmerksamkeit hin, die die Erbauung eines staatlichen Konversationshauses in bürgerlichen und staatlichen Kreisen gefunden habe. Seit Jahren schon werde ein solcher Bau als notwendig angesehen. Im Finanzdepartement sei die Anlage als werbende angesehen worden; ebenfalls eine solche werbende Anlage sei die Errichtung der elektrischen Bahn nach Travemünde. Dann geht Redner auf die Begleitumstände der Vorlage ein. Die Verhandlungen über die Kurmusik mit Herrn Brügmann seien leider abgebrochen worden. Der Fehler eines Kleinstaates in solchen Angelegenheiten sei, daß sie leicht auf das persönliche Gebiet übertragen würden. Das dürfe hier gar nicht mitspielen, da man die Aeußerungen ebensowenig nachprüfen könne wie die Umstände, unter welchen sie gefallen sind. Wir hätten die staatlichen Interessen wahrzunehmen, Brügmann seine privaten, deshalb könne man ihm sein Vorgehen nicht übelnehmen. Die Verhandlungen mit Brügmann seien Sache der Behörden und nicht der Kommission. Daß die Verhandlungen abgebrochen seien, sei das Entscheidende und deshalb habe die Behörde für Travemünde nicht anders handeln können, als mit diesem schleunigen Antrag zu kommen. Die Kurmusik müsse ein Unterkommen haben, es sei ganz ausgeschlossen, sie in einer andern Wirtschaft unterzusiedeln. Die Amortisation des Konversationshauses würde durch die Pachteinnahme und eine von einem Herrn zur Verfügung gestellte Garantiesumme von 50 000 Mark sichergestellt; aber selbst wenn dies die ersten Jahre nicht der Fall wäre, müßte die staatliche Konversationshaus errichtet werden. Die oldenburgischen Badeörter werden nach jeder Richtung hin ausgestaltet. Wir könnten diesen Fortschritt nur begrüßen, aber wir müßten schauen, mit zu marschieren und sie sogar zu übertreffen. Travemünde müsse der Mittelpunkt sein, durch Sportleben hervorragen, sich etwas von dem Schimmer der großen Seebäder aneignen. Leider fehle Travemünde der Wald, das Auf und Ab von Berg und Tal. Jetzt sei die Gefahr für Travemünde vorhanden, von anderen Badeorten überflügelt zu werden. Redner kommt auf das sozialdemokratische Flugblatt vom Sonntag zu sprechen, hofft aber trotzdem, daß die äußerste Linke mit der Mehrheit stimme, da es sich um werbende Anlagen des Staates handle, gegen die die Linke doch nichts einzuwenden habe. Das Konversationshaus werde eine neue Quelle des Travemünder Aufschwungs sein, daran änderten auch nichts die Stimmen, die aus Travemünde selbst gegen die Vorlage gekommen seien.

Aug. Pape ersucht, die Vorlage heute entweder abzulehnen oder sie einer Kommission zu überweisen. Das Geld liege bei uns nicht so bereit, wie wir wünschen, er erinnere nur an die beabsichtigte Aufhebung der Maschinistenschule, an die spärliche Ausgestaltung der Schule für Schwachbefähigte, an den mangelnden und notwendigen Brückenbau, an die fehlende Schwimhalle usw. Alles Geld gehe für Travemünde drauf. Werbende Anlage werde das Konversationshaus vielleicht in 10 oder 20 Jahren. Mit Undank werde Brügmann belohnt, derselbe Mann, der Energie bewiesen habe, als man an Travemünde verzweifelte. Man dürfe die persönlichen Momente nicht ganz außer acht lassen, aber auch nicht auf eine einzelne Person schieben, die die Schuld am allerwenigsten treffe. Wir hätten doppelte und dreifache Ursache, mit dem Musikverein vorsichtig zu sein, auf dessen Wunsch auch die Stadthalle erbaut sei. Er sei stets die treibende Kraft gewesen. Lieber solle man die Musiker ein Jahr beurlauben, als ins Blaue hinein bewilligen. Zudem hätten wir nicht nur Travemünder Interessen zu vertreten, sondern diejenigen der Allgemeinheit. Das Konversationshaus komme in der Hauptsache den Bessersituierten zugute, die Lübecker selber hätten am allerwenigsten von Travemünde. Wenn auch 50 000 Mark dazu gegeben würden, so sprächen diese kaum mit; sie kämen den Grundstücksspekulanten auf andere Art wieder zugute. Zu bezweifeln sei auch die herausgerechnete Rentabilität durch Lademieten. Wenn die Pächter sehen, daß sie wenig Geschäfte machen, werden sie es bald aufstecken. Das Travemünder Sportleben sei in der Hauptsache Herrn Brügmann zu danken. Redner erklärt, zwar nicht auf dem sozialistischen Standpunkt zu stehen, er trete aber in dieser Beziehung der Linken bei. Kommissionsberatung sei vor allem notwendig.

Senator Dr. Stooß sieht die Ausführung des Konversationshauses bis zur nächsten Session gefährdet, wenn Kommissionsberatung beschlossen werde. Von Schuld könne weder hüben noch drüben gesprochen werden. Die bisherigen Leistungen des Herrn Brügmann seien anerkennenswert. Das Konversationshaus werde sofort eine werbende Anlage bilden, die Einnahmen seien weniger günstig geschildert als sie in Wirklichkeit seien. Mehreinnahmen aus der Kurtaxe seien sicher, wenn die Kurgäste nur gegen Karte das Konversationshaus betreten dürften. Von 21 100 Kurgästen im verflossenen Sommer hätter nur 4200 Kurtaxe bezahlt, weil die übrigen infolge des kurzen Aufenthalts nicht kurtaxpflichtig wurden. Das werde in Zukunft anders. Würde die Kurmusik fehlen, könnte die Taxe auch nicht mehr mehr erhoben werden und der Ruf Travemündes müßte leiden.

G. Ehlers: Mit dieser Vorlage ist es merkwürdig schnell gegangen. Es wurde zwar gesprochen, daß die Frage schon seit 1907 die Behörden beschäftigt habe; da muß man sich nur wundern, daß die Bürgerschaft bis vor zwei Monaten nichts davon gewußt hat. Ich wünsche nur, der Senat möge auch bei andern Vorlagen etwas mehr Eilzugstempo einschlagen. In acht Tagen werden wir uns bei der Arbeitslosenfrage wieder sprechen, dann werden wir ja sehen, was die Herren dazu sagen, die die heutige Vorlage bewilligen wollen. Wie ich gehört habe, soll alles schon fix und fertig sein, morgen früh soll mit dem Bau begonnen werden, der Polier soll schon Anweisung erhalten haben, nach Travemünde zu gehen. (Lachen.) Herr Dr. Görtz führte schon an, man soll auf Bierbankgespräche nichts geben; wenn aber solche Gerüchte umlaufen, müssen sie in der Bürgerschaft richtig gestellt werden, damit die Tatsachen bekannt werden. Herr Dr. Görtz hat sehr schöne Worte vom Notstand gesprochen, es wäre gut, wenn er diese Worte bei anderen Anlässen gebraucht, denn er versteht es ausgezeichnet, solchen Notstand zu schildern. Aus der Begründung des Senats kann man die Notwendigkeit des Baues nicht schließen. Sind Sie denn bange, daß Travemünde zugrunde geht? Travemünde ist größer und stärker geworden; es ist aber immer mehr hineingepulvert worden. Wenn auf der andern Seite Herr Dr. Görtz die Vorzüge der Ostseebäder in den schönsten Farben schildert, ist es nicht mehr nötig, daß wir noch mehr hineinschießen. Die Arbeiter und andere Einwohner sind nicht für den Bau zu haben. (Zuruf: Na, na!) Bei früheren Budgetberatungen wurde öfters angeführt, daß die Errichtung einer Schwimmhalle in Lübeck notwendig ist. Sie ist notwendiger als ein Konversationshaus in Travemünde. Eine Schwimmhalle kommt der Allgemeinheit zugute. Das Konversationshaus nur einem Teil und hauptsächlich Auswärtigen, die Arbeiterschaft hat keinen Nutzen davon. Ich betone nochmals, es ist Vorsorge getroffen, daß die Mehrzahl nichts vom Konversationshaus hat, es ist ein Privilegium der besitzenden Klasse. Es wird immer vom Sparen geredet und gesagt, wir sind für eine Schwimmhalle, aber der Staat hat kein Geld dazu, er kann keine weiteren Lasten auf sich nehmen, es müßten Grenzen gesetzt werden. Herr Buchwald bemerkte damals, dem Staat dürfte nicht alles aufgehalst werden. Die besitzende Klasse, für die das Bad so schön hergerichtet worden ist, möge das Konversationshaus selbst errichten, sie habe das Geld dazu und sollte nicht verlangen, daß die es bezahlen sollen, die keinen Nutzen davon haben. Bei der Einkommensteuer wurden sogar die Leute mit Steuern beladen, die nur 600 Mark Einkommen haben und Dienstmädchen, die 120 Mark pro Jahr verdienen. Diese müssen das Konversationshaus mitbezahlen. (Widerspruch!) Hier sollten sie auch tolerant sein und die schwachen Schultern schonen. Travemünde geht mangels eines Konversationshauses nicht zugrunde. Wir haben in Lübeck wichtigere Aufgaben zu erfüllen. In der Frage der Verkehrssicherheit z. B. ist noch viel zu tun, Arbeiterhäuser müssen errichtet werden usw. Der Staat hat genug Grund und Boden, so daß das Bauen dem Staat gar nicht sehr teuer zu stehen kommt. Schauen Sie sich einmal die mißlichen Wohnungsverhältnisse an, erst gestern hätten die Bürgerschaftsmitglieder in der Nähe des Obdachlosenasyls Gelegenheit dazu gehabt. Wir kommen hinaus und wissen, wie es in dieser Hinsicht aussieht. Von Ihnen haben höchstens noch die Aerzte einen Einblick in die grauenhaften Wohnungszustände. Wir sind bereit, zum Wohle des Staates mitzuarbeiten, wir treten aber nicht ein für Projekte, die nutzlos sind für die Allgemeinheit der Bevölkerung und unsere Wähler. Und wir vertreten die große Mehrheit. (Bravo! bei den Soz.)

Jenne teilt mit, daß die Eingabe von Travemünde 45 Einwohner unterschrieben haben.

Söhrmann-Travemünde ersucht um vorläufige Ablehnung der Vorlage. Die Wirte und andere Leute würden geschädigt. Die Zeit sei auch gar nicht praktisch gewählt, der Bau würde 40—50 000 Mark teurer, wenn so spät angefangen werde. Die 50 000 Mark, die dazu gegeben werden unter der Bedingung, daß der Bau sofort begonnen werde, fallen etwas auf die Nerven und erscheinen fast wie Beamtenbestechung. Wenn der Geber ein so großes Interesse an Travemünde und dem Konversationshaus habe, dann schenke er vielleicht später das ganze Haus. Zu bezweifeln sei, daß mit dem Gelde das Konversationshaus überhaupt hergestellt werden könne. Redner betont, daß er stets mit der Rechten durchgegangen sei, er könne es heute leider nicht tun, weil das Interesse des Staates etwas anderes verlange. In der Versammlung der Travemünder Einwohner sei vor einer Abstimmung gewarnt worden. Die Pensionatsinhaber müßten ebenfalls für Zerstreung der Gäste sorgen. Es sei ganz angenehm, wenn für Travemünde etwas geschehe, man sollte aber mit der Errichtung des Konversationshauses noch drei oder vier Jahre warten. Die Anlage für die Musiker sei so vorgesehen, daß sich ein Teil ständig den Schnupfen wegholte, da der Wind von allen Richtungen Zugang finde. Mit dem Timmendorfer Strand sei auf die Dauer gar nicht zu konkurrieren, man müsse dafür sorgen, daß wir ein gutes Publikum hatten. Wenn die hohen Preise nicht beibehalten würden, bekämen wir ein Volksbad, wie es Dr. Schlomer seinerzeit gewünscht habe.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde von 26 Mitgliedern eingereicht.

Senator Dr. Stooß weist die Verbindung der Geschenke mit Bestechung unter allgemeiner Zustimmung zurück und geht auf die einzelnen Einwendungen der Vorredner näher ein. Ein neuer Kostenanschlag spreche sich äußerst günstig aus.

Grünau: Travemünde fehlt es an einem Zentralpunkt, wo die Kurgäste der kleinen Hotels zusammenkommen können. Wollen sie an den Vergnügungen der großen Hotels teilnehmen, müssen sie etwas verzehren. Die Kurgäste stellen stets die Frage, was sollen wir tun, wo sollen wir hingehen. Eine derartig große Flucht der Kurgäste wie in diesem Sommer ist noch gar nicht dagewesen, eben weil ein Konversationshaus

---

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Derart sympathisch mußte sich denn wohl auch Amanda Koch von der nächsten Nähe des Kommerzienrats berührt fühlen, wenigstens tat sie nichts, um verschiedene vertrauliche Uebergriffe, die, in einer gewissen Steigerung, Herr Rebentisch sich erlaubte, abzuwehren.

„Ach, Herr Kommerzienrat, heut war wieder ein Tagesanfang, ein Vormittag, um ein armes Theatermädel, wie mich, zur Verzweiflung zu bringen. Briefe verschiedensten Inhalts, aber kein erfreulicher — eine Hiobspost nach der anderen. Dann hier im eigenen Hause eine Szene, die mich aufregte, Aerger mit dem Dienstmädchen —"

„Das tut mir ja leid, Kind, aber Sie sollten sich dadurch nicht unterkriegen lassen," tröstete Herr Rebentisch, indem er jetzt, wie selbstverständlich, als stehe ihm ein Recht darauf zu, den Arm fest um Amandas Taille schlang.

„Umso freudiger werden Sie nun, nach den häßlichen Erlebnissen des Tages, meinen Besuch und mich begrüßen müssen, denn ich bringe, wie immer, Angenehmes, Angenehmes in Form einer Einladung, die natürlich wieder ich zugunsten meiner angebeteten Amanda vermittelte."

„Herr Kommerzienrat!" Die Sängerin lehnte, richtiges ahnend, ihren Kopf vertrauensvoll an die Schulter ihres Gönners.

„Als Vorstand der Gesellschaft „Concordia", deren fünfunzwanzigjähriges Stiftungsfest für den ersten nächsten Monats ansteht, bin ich beauftragt, ein Programm zusammenzustellen und zu dessen Ausführung einige Künstler heranzuziehen. Für den Instrumentalvortrag wählte ich Stevenson, den exzellenten Cellisten, der jüngst auch bei mir spielte, als Sänger Baldenius, unseren lyrischen Tenor und von Euch Damen — Ja, wer stände meinem Herzen so nahe, als Sie, Amanda, die stets von mir in erster Linie Bevorzugte! Da ich in der angenehmen Lage bin, jedem der Solisten ein Honorar von dreihundert Mark zu bieten, so —"

„Dreihundert Mark? Ah, Sie Lieber, Einziger!" sprudelte die Sängerin hervor, und der Kommerzienrat fühlte noch näher als bisher ihre üppigen Formen an seinem Körper. „Dreihundert Mark —, die Hälfte von dem, was mich glücklich machen könnte." Wie nur für sich berechnet, fügte Amanda die letzten Worte hinzu.

Eine kurze Pause war Herrn Rebentisch vonnöten, um sich mit einem jähen Gedankenwechsel abzufinden.

„So so, du brauchst Geld, Mädchen, und daher die Verstimmung — ich begreife schon. Um wieviel handelt sich's denn?"

„Um sechshundert für mein neues „Amneris-Kostüm", aber fünfhundert täten es auch. Die Summe war mir so gut wie sicher. Heut früh erst erhielt ich Absage, gegen alle Erwartung — Ordinär, so was, nicht?"

„Wer wars denn, der absagte, Amanda? Wie heißt der Freund?"

Entrüstet fuhr die Sängerin in die Höhe. „Herr Kommerzienrat, was denken Sie von mir, ich und einen Freund außer Ihnen?! — Eine alte Dame, eine Freundin meiner Großmutter, die mir schon mehrfach über die pekuniären Nöte des Lebens hinweghalf, hatte mir das Geld so gut wie versprochen, aber jetzt —"

„Aber jetzt?"

„Jetzt hat ein Taugenichts von eigenem Enkel die Unterstützung für mich unmöglich gemacht und — heulen hätte ich können."

Der Kommerzienrat ließ einen begehrlichen Blick seiner grauen Augen auf Amandas junonischer Gestalt haften, eine Entgegnung von ihm erfolgte nicht.

Auch Amanda ließ eine kleine Pause entstehen, dann plötzlich aber rief sie freudig:

„Aber nun sind Sie ja gekommen, der liebe, alte, wahre Freund, und bringen mir, ehe ich mich noch dessen versehe, Ersatz."

„Ersatz, ja Ersatz, aber doch keinen vollen, Mädchen. Wie sollen fünfhundert, die du wenigstens brauchst, durch dreihundert, die ja morgen auch noch nicht da liegen, gedeckt werden?"

„Ja so — richtig, richtig," traurig schüttelte die Sängerin den Kopf. „Da sehen Sie, geliebter Freund, wie die plötzliche Freude mit mir durchgeht. Ich muß eben auf das neue Kostüm verzichten und —"

„Oder —" Es war wie ein leises geheimes Wort, das der Kommerzienrat Amanda zuflüsterte, als daußen die Korridortür knarrte und die Rückkehr Mizzis meldete. Sich aus der Umarmung mit dem Kommerzienrat schnell lösend, eilte die Sängerin ihrer Zofe entgegen, um außerhalb des Zimmers deren Bestellung in Empfang zu nehmen.

Mizzi meldete: „An schönst'n Gruß vom Herrn von Willig, und um drei Uhr pünktlich tät' er sich die Ehr' geb'n."

„Und pünktlich um drei Uhr wirst du ihn wieder fortschicken, Mizzi, mit der Entschuldigung, daß mir plötzlich eine unvorhergesehene Probe angesagt worden sei."

„Ja so, a — Proben."

„Verstanden, Mizzi?"

„Freili, freili, gnä Fräulein, i hatt's halt schon kapiert, ch gnä Fräulein mir d'n Befehl geb'n hab'n."

„Wieso?"

„I bitt' Ihna — der Bibi da vom Herrn von Rebentisch am Kleiderrechen. Na, dös G'säß kennt halt a jed's Kinderl in der Stadt. Weg mit dem z'widern Ding!" Rasch entfernte Mizzi des Kommerzienrats allerdings etwas eigenartig geformten Zylinder von dem Kleiderständer und trug ihn in einen an den Korridor grenzenden Nebenraum.

„Ja, aber was stört dich denn der Hut, Menschenskind?"

„Man kann halt net wiss'n, wann am End der Herr von Willig a viertel Stünderl, sich zum Trost, a ganz a klans Bisserl mit der Mizzi charmuzier'n möcht'n?!"

„Verdammtes, unverschämtes —!" Nur die Nachbarschaft des Kommerzienrats veranlaßte Amanda, ihrem Temperament nicht noch freier die Zügel schießen zu lassen.

Siebentes Kapitel.

„Das war gestern eine Unglücksvorstellung, dieser „Heiling", Liebster. Ich habe Sie von Herzen bedauert," erklärte mit teilnahmsvollst gestellter Miene Kapellmeister Heberlein seinem Kollegen Walther, als beide sich am folgenden Vormittag gegen zehn Uhr am Bühneneingang des Stadttheaters trafen. „Schon im Vorspiel zeigte sich Reckentin von einer Unlust — Und dann der „Conrad" vom Baldenius! Ich sagt's ja gleich, das ist unmöglich, mit einer Probe solche Partie, die er zwar vorstudiert, aber noch nie gesungen hatte —"

„Hm, und sonst —?" fragte Walther anscheinend ruhig. „Sonst haben Sie an der Aufführung nichts zu tadeln?"

Gleich, als habe er diese Frage überhört, hielt jetzt Heberlein den geschäftig vorübereilenden Theaterdiener am Rockärmel fest.

„Schirmer, den Klavierauszug von der „Versunkenen Glocke" erst mal nach oben in den Probesaal!"

„Jawohl, Herr Kapellmeister."

„Aber gleich. — Ich muß nämlich," richtete Heberlein seine Worte wieder an Walther, „vor der Bühnenprobe nochmals das „Elfenquartett" mit den Mächens durchgehen. Gestern war's noch 'ne wahre Schweinemusik."

„So so — aber die gestrige Vorstellung betreffend, die ja in der Tat miserabel war — Sie nannten Reckentin und Baldenius, nur den schlimmsten Faktor, die Rauchfuß, übergingen Sie mit Stillschweigen."

„Das arme Mädel — sie war heiser."

„Kaum nennenswert. Ueber die kleine Indisposition hätte eine tüchtige Sängerin sich hinfortgesungen, aber, daß

[...]e hat die allergrößte Veranlassung, sich da-
fehlt. Trav[...] es von den andern Ostseebändern überflü-
vor zu hüt[...] den Berlinern hier dieselben Vorteile ge-
gelt wird wie an den andern Ostseebädern, dann ziehen
boten [...]e mehr heran. Eine Reihe von Kurgästen wird
wir g[...] den Bahnbau nach Neustadt entrissen, wenn wir
uns[...]versationshaus nicht bauen. Durch diesen Bau ver-
da[...] wir auch die Lübeck-Büchener Eisenbahn zum zwei-
[...]en Ausbau der Eisenbahn, um den Verkehr zu bewälti-

Die Wirte und Hotelbesitzer in Travemünde fordern ge[...] [...]e das Konversationshaus, die gegenteiligen Ansichten [...]effen nicht zu. In dem letzten Jahrzehnt ist die Kurtaxeneinnahme um 40 000 Mark gestiegen, die Einkommensteuer um 31 000 Mark. Von den 14 000 Kurgästen im letzten Sommer sind mindestens 1½ Millionen Mark Einnahmen nach Travemünde geflossen. Die Tagesgäste brachten ½ Million Mark, und dieses Geld floß zum größten Teil wieder in die Hände der Lübecker Geschäftsleute. Ungeheure Massen befördert die Lübeck-Büchener Bahn nach Travemünde; für diese große Besucherzahl muß selbstverständlich etwas geschaffen werden. Die mit schwerer Not herangezogenen Kurgäste müssen wir festhalten. Woraus Herr Ehlers seine Kenntnis hat, daß Arbeiter und Geschäftsleute nicht für das Konversationshaus zu haben sind, weiß ich nicht. Nach meiner Ueberzeugung sind sie sehr daran interessiert, sie erhalten Arbeit und Verdienst dadurch. Für den kleinen Pavillon sind für die nächste Zeit schon 7 500 Mark Pacht geboten. Wenn dies der Fall ist, dann sind sicher 12 000 Mark aus dem Konversationshaus zu holen und die Läden werden 10 000 Mark abwerfen. Dem Herrn, der 50 000 Mark à fonds perdu zur Verfügung stellt, kann man nur dankbar sein, daran sollte man keine Nebenbemerkungen knüpfen. Lehnen Sie die Kommissionsberatung ab.

Scharff erinnert an die Errichtung der Stadtpromenade und an die Anregung einer Schwimmhalle für die Lübecker Bevölkerung bei jener Beratung. Als in Travemünde eine Warmbadeanstalt errichtet wurde, kam wieder zum Ausspruch, daß Lübeck die so notwendige Schwimmhalle noch nicht habe. Der Bürgerausschuß habe seinerzeit die Vorlage gutgeheißen, also brauche der Senat diese wohlvorbereitete Vorlage nur entgegenzubringen. Schon 16—17 Jahre werde die Badeanstalt für Lübeck gefordert, und obwohl sie so dringend notwendig sei, werde die Aussicht für sie immer geringer. Die Lübecker Bevölkerung sei sehr badelustig, sie habe im Sommer über 600 000 Bäder genommen und im Winter sei sie auf die dürftige Badeanstalt von 1873 angewiesen. Der Senat solle ein freundliches Wort zugunsten der Schwimmhalle aussprechen, die nur schwachen Zuschuß fordere. (Allgemeiner Beifall.)

Senator Dr. **Fehling** erklärt, nicht da zu sein, um einzelnen Mitgliedern auf besondere Wünsche zu antworten, ohne vorher davon unterrichtet zu sein. Wenn einzelne Bürgerschaftsmitglieder von der Notwendigkeit der Schwimmhalle überzeugt seien, dann müßten sie bei der Budgetberatung mit dem Antrag kommen. Er habe sich gewundert, daß es nicht der Fall gewesen sei. Mit der heutigen Vorlage solle man die Schwimmhalle nicht verquicken. Es seien notwendigere Ausgaben zu machen. Das Konversationshaus müsse gebaut werden, um Schädigung an Lübeck abzuwenden.

Dr. **Wittern**: Die Vorlage und ihre Behandlung erinnert an die eigenartigen bürgerschaftlichen Verhältnisse, wie hier die Sachen manchmal durchgegangen werden. Sie zeigt auch, daß man hier etwas anderes erwartet hat, als diesen Brief von Brügmann. Zu den Aufgaben des Staates gehört es nicht, Wirtschaftsbetriebe einzurichten. Besser ist eine richtige Verkehrs- und vernünftige Bodenpolitik. Das Ergebnis für die Vorlage finde ich dennoch günstig. Vorausgehen dem Konversationshaus muß der Ausbau der Verkehrswege, die Straßenbahnvorlage nach Travemünde muß ebenso schnell kommen wie diese Vorlage. Ich betrachte das Konversationshaus nicht als Wirtschaftsbetrieb, sondern als Verkehrsförderungsmittel. Der zweigleisige Ausbau der Bahn nach Travemünde muß bald und ganz geschehen. Die Lübecker Bahn hat von allen Travemünder Einrichtungen den größten Vorteil gehabt, sie verdankt ihre großen Dividenden gerade unsern Einrichtungen und muß es endlich als Ehrenpflicht betrachten, etwas zu tun. In einer Stunde muß die Strecke Hamburg-Travemünde durchfahren werden. Das Finanzdepartement darf bei einer vernünftigen Bodenpolitik nicht darauf sehen, bei der Ablösung der Reallasten nur einen möglichst großen Schnitt in den Rücken der Bauern zu machen, es darf die Rechte aus jahrhundertalten Papieren nicht ausnutzen. Ich stimme für die Vorlage.

Senator Dr. **Fehling**: Zur Frage des Bahnausbaues nimmt der Bürgerausschuß nächstens Stellung und die Frage der Straßenbahn unterliegt der Begutachtungskommission.

Henk (Bültwisch) bemängelt die langjährigen unhaltbaren Zustände bei der Eisenbahn, die gar nicht alles befördern könne, was nach Travemünde komme. Der zweigleisige Ausbau der Eisenbahn sei unbedingt notwendig. Herr Brügmann wäre froh, der Brief wäre nicht geschrieben. Gerade Brügmann sei es gewesen, der Travemünde hochgebracht habe. Man sollte den Bau 1 Jahr zurückstellen.

v. **Schack** sieht die Vorlage nicht für reif genug an, um an die Bürgerschaft gelangen zu können. Aus den Akten könne man die ungenügende Vorbereitung erfahren. Leider hätten sich die Bürgerschaftsmitglieder nicht die Mühe genommen, alles zu prüfen, deshalb sei der Antrag August Papes in Erwägung zu ziehen. Das Wertobjekt des Platzes, das 200 000 Mk. betrage, habe man ganz fortgelassen. Jährliche Ausgaben hätten wir 45 700 Mk., denen gegenüber nur 21 000 Mk. Einnahmen stünden. Die Fehlsumme soll aus Eintrittsgeldern und Kurtaxe ersetzt werden. Das Lübecker Publikum müsse die Eintrittsgelder zahlen, wenn es Musik hören wollte. Wenn die Pächter existieren sollten, dann dürfe man ihnen aber nicht den Zugang des Publikums durch Eintrittsgelder verwehren. Durch die 50 000 Mk. werde für einige Jahre das Defizit gedeckt, dann kämen wieder die Lübecker Steuerzahler daran, um die Unkosten zu decken. Das habe man ja auch beim Saalbau gesehen, bei dem man 21 000 Mk. Pacht erwartet habe. Mit den oldenburgischen Ostseebädern dürfe man den schwarzen Mann nicht an die Wand malen. Travemünde habe Vorzüge gegenüber den anderen Bädern, die diese noch lange nicht wettmachen könnten.

Senator Dr. **Fehling** erklärt, der Bericht über die Straßenbahn nach Travemünde sei soeben erschienen.

Senator Dr. **Stooß** glaubt, daß die vorgesehene Bausumme ausreichend sei. Die Lübecker würden nicht die Hauptzahler der Eintrittsgelder, sondern die Kurgäste und die Hamburger Besucher.

Klein ist für die Vorlage, die ihn beim ersten Anblick erschreckt habe. In der Frage des Orchesters sei ein Intrigenspiel im Gange gewesen. Von einem einzelnen Manne könne sich die Behörde nicht abhängig machen. Leider fehle uns noch ein Verantwortlichkeitsgesetz, um beim Überschreiten der Bausumme eine Handhabe zu besitzen. Außer Rechnung dürfe man nicht lassen, daß der Staat jahrelang Herrn Brügmann 39 Musiker gegen 4500 Mk. überlassen habe, da könne man doch nicht von Undank reden. Das Konversationshaus werde hauptsächlich auch vom Mittelstand und den minderbemittelten Schichten besucht werden. Die Logik des Herrn Ehlers verstehe er gar nicht. Einmal sage dieser, daß aus Travemünde alles, was hineingepulvert sei, wieder herausgeholt worden sei, und nun schließe er daraus, daß nichts mehr unternommen werden dürfe. Auch die Rechnung mit dem Dienstmädchen stimme nicht. Die Sozialdemokraten renommieren immer damit, daß sie die Mehrzahl der Steuerzahler vertreten und die Steuergroschen nicht zu solchen Zwecken verwandt werden sollten. Kommen Sie doch nicht mit diesen Schlagwörtern. (Zuruf bei den Soz.: Das paßt Ihnen nicht!) Mit den von Ihnen angeführten Geldern können Sie noch nicht einmal die Volksschulen unterhalten.

Die Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte muß wiederholt werden, da das Ergebnis zweifelhaft ist. Der Antrag wird abgelehnt.

Lüth tritt für die Vorlage ein.

Behn bezweifelt die Richtigkeit von Schacks Aufstellung. Er sieht in der Errichtung des Konversationshauses für alle einen großen Vorteil durch erweiterten Verkehr. Die angesetzten Mieten seien nicht zu hoch. Für den Verein der Musikfreunde sei der Entscheid sehr notwendig. Er bitte Herrn Söhrmann, ihn einzuladen.

Albers führt den Entschluß des Vereins für Fremdenverkehr an, der die Vorlage befürwortet habe. In dem Eiltempo sollte sie jedoch nicht verabschiedet werden, man müsse Kommissionsberatung beschließen. Vielleicht seien bei der Verhandlung mit Brügmann ähnliche Kräfte vorherrschend gewesen wie seinerzeit bei Kurtscholz.

Thiele ersucht um Kommissionsberatung. Unsere Finanzlage gestatte kaum die große Ausgabe von 500 000 Mark. Das Haus komme doch wieder nur wenigen Auserwählten zugute. Mit dem Konversationshaus werde nur dem Kurhaus Konkurrenz gemacht. Beim Stadthallenrestaurant sagte ich schon: Ich bedaure den Pächter, hat er Geld, wird ers los, hat er keines, werden die Lieferanten betrogen. Die Bahn nach Travemünde muß nicht nur schneller fahren, sondern vor allem auch billiger werden.

Senator Dr. **Stooß** behauptet, daß nicht das Konversationshaus, sondern das Kurhaus für Auserwählte sei. Würde Kommissionsberatung gewählt, wäre die Vorlage zunächst für ein Jahr begraben.

Niemann (Schlutup) begeistert sich für die Vorlage und hofft von ihr allgemeinen Vorteil.

Köhn warnt die Vorversammlungsbesucher, ihr Pulver dort zu verschießen. Diese Vorversammlungen seien schuld, daß die Verhandlungen hier so verlaufen. Erinnern wolle er auch, daß das nächstjährige Budget für Travemünde 156 000 Mk. fordere. Notwendig sei das Konversationshaus, um ein Jahr sollte man den Bau aber hinausschieben. Im nächsten Jahre sei der Kontrakt mit dem Musikverein abgelaufen, heute zahle der Staat für ihn inklusive Travemünde 39 000 Mk. Was später zu zahlen sei, wisse man noch nicht. Die Kosten würden bedeutend überschritten.

Dr. E. **Meyer** hält es kaufmännisch für unrichtig, noch ein Jahr mit dem Bau zu warten. Die günstige Situation sollte man nicht vorübergehen lassen, die uns vor die oldenburgischen Bäder stellt und den Garantiefonds sichert.

Wandke glaubt, daß sich der Bau für den vorgesehenen Betrag sehr wohl ausführen lasse.

Grünau: Wenn keine Kurmusik vorhanden ist, kann auch keine Kurtaxe gefordert werden. Wir wollen doch nicht die ganze Geschichte zurückschrauben. Die Abschreibungen für das Inventar sind viel zu hoch gegriffen, weshalb sich die Ausgaben verringern. Für den kleinen Obstpavillon werden heute schon 550 Mk. Pacht gegeben, unter diesen Umständen wird auch eine hohe Pacht am Konversationshause herausschauen.

Henk (Bültwisch) gibt die Erklärung ab, daß Herr Brügmann bereit sei, die Kurmusik für das nächste Jahr unter den alten Bedingungen zu übernehmen. (Allgemeines Gelächter.)

Böbs hält die Vorlage für völlig unreif. Man verlange auch einen Theatersaal und alles mögliche. Wenn dann der Bau fertig sei, könne man wieder mit den Änderungen beginnen. Die vorgesehenen Wandelgänge seien absolut unzureichend. Die Verabschiedung der Vorlage heute abend sei gar nicht denkbar. Dann müsse man den Unterschied in Betracht ziehen, der entstehe, wenn Privatarchitekten oder das Bauamt die Arbeiten ausführen. Bei der Strafanstalt wären der Norm entsprechend 41 590,12 Mk., bei der St.-Lorenz-Schule 10 274,05 Mk. mehr aufgewendet worden, wenn die Privatarchitekten die Arbeiten ausgeführt hätten.

G. **Ehlers**: Wenn das Konversationshaus so rentabel ist, wundert es mich nur, daß unsere Geldleute den Bau nicht selbst ausführen. Wir haben bis jetzt allerdings die Erfahrung gemacht, daß alles Unrentable der Staat ausführen mußte. Es ist bekannt, daß das launenhafteste Publikum die Wirtschaftsbesucher darstellen, wie sich auch beim Theater und beim Theaterrestaurant gezeigt. Die dafür eingetreten sind, gehen jetzt nicht hin, obgleich Platz genug vorhanden ist. Die Rentabilität läßt sich heute noch gar nicht berechnen. Von den großen Restaurants in unserem Staatsgebiet ist nicht eines rentabel. Herr Klein hat meine Äußerung mißverstanden. Ich habe erklären wollen, daß sich Travemünde stets gebessert hat; wir haben viel Geld hineingepulvert, ich setze deshalb voraus, daß es sich weiter machen wird, auch ohne Konversationshaus. Mit der Steuer eines Dienstmädchens von 120 Mk. Jahresgehalt hat es seine Richtigkeit. Im übrigen wird doch die Steuer in den großen Säckel bezahlt, aus dem der Staat alles nimmt, was er braucht. Wenn die Schule besonders angeführt werden soll, kann ich auch sagen, die Herren bezahlen auch nicht alles besonders für die Nutznießungen aus unsern städtischen Einrichtungen. Die Steuern werden gemeinsam zum Wohle des Staates bezahlt. Ich richte wiederholt die Anfrage an den Senat, wie es mit der Vergebung der Arbeiten steht. Es wurde mir erst heute abend mitgeteilt, die Arbeiten seien der Firma Blunck übergeben worden, die sie bis zum 15. Dezember richtfertig auszuführen habe, andernfalls sollen für jeden Tag 500 Mk. Konventionalstrafe fällig sein. (Zuruf: Hört, hört!) Eine solche Anfrage muß man doch beantworten, es wäre ja skandalös, wenn Derartiges der Bürgerschaft nicht bekannt würde. Als Herr Klein erklärte, das Konversationshaus würde hauptsächlich dem Mittelstand und den Minderbemittelten zugute kommen,

---

sie ihre Partie nicht konnte, dreimal in der schon um die Hälfte zusammengestrichenen Arie patzte und mir die Ensembles schmiß, daß haben Sie wohl überhört?" Walthers Stimme hatte bei diesen Worten seine innere Erregtheit nicht mehr zu verleugnen vermocht.

„Die Befangenheit, Liebster, die dazu kam," wollte Heberlein weiter entschuldigen.

„Eben, weil sie unsicher war, nur daher die Befangenheit. Mit Fräulein Bergmann wäre so war nicht passiert. Ach, schämt Euch doch, das Kind nicht beim rechten Namen zu nennen. Ich wiederhole, Protektions-, Maitressenwirtschaft gemeinster Art. Der Herr Direktor Ustmann betreibt sie, und Ihr, seine „Vorhände", reicht ihm dazu Eure schmutzigen Hände. Pfui Teufel!" Verächtlich dem Kollegen den Rücken zuwendend, begab sich Walther in das Theater.

Olga Eggers, die Hochdramatische, war hinzugetreten, gerade noch rechtzeitig genug, um zu bemerken, daß es zwischen den beiden Kapellmeistern etwas Unfreundliches gegeben hatte. Fragend schaute sie auf Heberlein.

„Guten Morgen. Na, wie geht's? Was neues?"

Zunächst spielte der Kapellmeister den Zugeknöpften, denn wie Walther ihm gedient, das konnte er doch nicht verraten. Auch hatte er tatsächlich noch damit zu tun, dessen Wahrheit hinunterzuwürgen.

„Gewiß um das gestrige Fiasko — ein kleines Geplänkel?" fuhr Fräulein Eggers fort.

„Nichts anderes," entgegnete jetzt Heberlein. „Es kränkt ihn, daß er der siegreiche Führer einer Schundvorstellung war, und mit mir streitet er jetzt, wer von seinen Solisten der Hauptschuldige gewesen."

„Doch zweifellos die Ranchinz", urteilte Fräulein Olga Eggers.

„Ich bedaure, Seldenius war's. Abgesehen aber von den Sängern, auch das Orchester war ja außer Rand und Band. Keine Dynamik, keine Tempi — nichts, rein gar nichts. Die Holzbläser klappten eine Minute hinter den Streichern drein und das Blech wieder eine Minute hinter den Holzbläsern. Bitt' ich dich, Olga, diese dankbare Ouvertüre — kaum, daß sich zwei Hände rührten. Der gute Walther geht zurück, kein Schneid mehr in ihm, keine Kraft, kein Saft. Was hätte ich mit der Oper gemacht!"

„Ja, so'n Scheerie, wie Sie aber ooch, Heberlein, jiebt's nich alle Dage," höhnte jetzt Wernicke, der eben mit zwei Kollegen vom Schauspiel an Olga Eggers und Heberlein vorüberschlenderte. „Sie würden Marschner'n selber erst jezeigt haben, wie sein Dings da, sein poveliger „Heiling" serviert werden muß."

Heberlein biß sich auf die Lippen. Zunächst stellte er sich, als ignoriere er den Schauspieler, dieser aber fuhr fort:

„Un nu jar erst Walthern, wie würden Se's dem jezeigt haben, [illegible] an's Dirijentenpult. Der Mensch hatte ja vielleicht 'ne Drehorjel bedienen können, aber zum Kapellmeester hat'n der liebe Jott im Zorn berufen. Hahaha!"

Die zwei Schauspieler stimmten mit Wernicke aus vollem Halse in sein Gelächter ein, so daß Heberlein, wütenden Blickes gegen Wernicke, es vorzog, sich mit einem kurzen „Auf Wiedersehen" von Fräulein Eggers zu verabschieden und gleichfalls in den Musentempel zu verschwinden.

„Nee, Olja," schalt jetzt Wernicke die Sängerin, indem er seine Hand väterlich wohlwollend auf ihre Schulter legte, „wenn ick aus dir klug werden könnte und bejreifen, weshalb de dir mit dem miserablen Bengel so mausig machst. Liebst de denn den Menschen?"

„Blödsinn, Wernicke!"

„Oder bejlückt er dir mit irjend wat besonderem, wovon unsereener keene Ahnung hat?"

„Lächerlich."

„Nach Jaben un Jeschenke sieht er weiß Jott doch ooch nicht aus —"

„Nein, aber — er ist mein Kapellmeister und hat mir hier wenigstens nichts in den Weg gelegt. Wernicke, ein so alter Theaterhase wie Sie — kennen Sie so wenig unsere Chancen oder wollen Sie sie nicht kennen? Entweder man stellt sich auf guten Fuß mit Direktion und Vorständen und macht gute Miene zum bösen Spiel, welcher Art das Spiel auch sei, oder man trumpft auf, wie manches gesittete Frauenzimmer, auch ich vor Zeiten, gewiß gern möchte. Im ersteren Falle darf man — leben, existieren, im zweiten aber — einpacken mit seiner Karriere, vollkommen einpacken. Siehe das Beispiel des Fräulein Bergmann — die hat mal aufgetrumpft und sich zur Wehr gesetzt und ihr Los —? Kaltgestellt, erschlagen! Bevor jemand weiß, daß es ein Fräulein Bergmann beim Theater gegeben hat, ist sie verschwunden, spurlos verschwunden, und kein Hahn, noch weniger aber ein Mensch, Kollege, Agent, oder gar die hochtönende Deutsche Bühnengenossenschaft kräht nach ihr. Jedes Fabrikmädchen genießt mehr Schutz, als wir Frauen vom Theater, nirgendwo wird die Hilflosigkeit des Weibes so spitzbübisch ausgenützt, wie beim Theater."

„Kann se nicht reden, wie'n Buch?" wendete Wernicke sich schmunzelnd an seine zwei jüngeren Kollegen. „Man sollte doch meenen, die ließe sich de Butter nich von's Brot nehmen, ebensowenig aber brauchte se sich von dem Schleicher, dem Heberlein, abhängig zu machen."

Schweigend blickte Olga Eggers vor sich hin.

„Un nu jet dem zu Gefallen leben!" fuhr Wernicke fort. „Wo wirst de denn? Kopp hoch, Olja, und fest uff de eijenen Beene!"

„Ja, Sie haben gut reden, Wernicke, stecken eben nicht in unserer Haut. Ihr Männer in Eurer angeborenen Selbständigkeit, mit Euren natürlichen Schutzwaffen, habt's besser. Nur an uns, den Schwächeren, stählen diese Helden ihren Mut. Ich möchte eine Anfängerin unter Heberlein und Herrn Oberregisseur Pohlig wahrlich nicht sein — dieses rüde Geschnauze, dieses Schimpfen! Kaum, daß unsereine in den Proben den Kopf oben behält!"

Während dieser Unterhaltung hatte sich ein herrschaftlicher Diener der Gruppe genähert und war zögernd, wie um etwas zu erfragen, um sie herumgegangen. Von Wernicke zuerst bemerkt, trat er an diesen heran:

„Sie entschuldigen, wo finde ich wohl im Theater Herrn Kapellmeister Walther?"

„Er ging vor einigen Minuten hinein," berichtete Fräulein Eggers. „Probe hat er nicht, glaub ich."

„Da wer' ick nach ihm suchen jehen un schick'n raus. Warten Se man hier 'n bißken."

Nach diesen Worten an den Diener verschwand Wernicke in Begleitung seiner beiden Kollegen im Bühneneingang, unterließ es aber nicht, den Kopf wieder zur Tür hinauszustecken und Olga Eggers ironisch grinsend zuzurufen: „Probe vom allerneuesten Schwank „Die Ehre", Jraf Trast — Herr Wernicke, hochfeine Nummer!" Und abermals verschwand er in der Tür, um jeden zu täuschen, der glaubte, sein Abgang sei nun gesichert, denn noch einmal erschien das grinsende Antlitz, diesmal gar unterstützt von einem drohend erhobenen Zeigefinger, um die Mahnung: „Fest, Olja, uff de eijenen Beene!" an die Adresse der Sängerin eindringlichst zu wiederholen.

Fräulein Eggers blieb auf der Straße zurück, neben ihr in angemessener Entfernung der Diener. Sie war nicht mehr ganz jung, diese Olga, auch mochte sie wohl nie zu den Schönheiten gerechnet haben. Was sie auszeichnete, war ihre große, stattliche Figur, die sie für Walküren-Rollen besonders geeignet erscheinen ließ. Seit Wagner erfordert ja das hochdramatische Fach besondere Körpermaße.

Jetzt ging der Eindruck still ergebener Verzichtleistung von dem Gesamtwesen der Sängerin aus. Sie repräsentierte den echten, unverfälschten Typus des reiferen Theaterweibes, das, nachdem es sein Alles, was es besessen, seine einstigen kleinen Geldmittel, seinen Fleiß, seinen Stolz, seine Ueberzeugung, seine Schönheit, seine — Ehre dem Theatermoloch in den gierigen, nimmersatten Rachen geworfen hatte, auf kaum halb erklommener Höhe des ersehnten Zieles stecken geblieben war. Müde nun schleifte sie ihren Fuß von Stadttheater zu Stadttheater, durchdrungen von der traurigen Erkenntnis, die sogar Unerfahrene, auf Grund dunkler Gerüchte ihr einst hatten prognostizieren wollen, daß für das schwächere Geschlecht kein dornenvollerer Pfad auf Erden gedacht werden kann, als der, den sie zu wählen für richtig befunden hatte.

(Fortsetzung folgt.)

glaubte ich, er wolle die Vorlage ironisieren. Wenn der Mittelstand beim Rechtsanwalt und Richter anfängt, mag das zutreffen, aber nicht beim Handwerksmeister und Arbeiter. Sollte das Konversationshaus gebaut werden, dann dürfen nicht nur die hiesigen Unternehmer Arbeit erhalten, sondern vor allem auch die Lübecker Arbeiter. Beim Kurhaus wurden die Lübecker und Travemünder Arbeiter ausgeschlossen und hauptsächlich mecklenburgische verwandt.

Senator Dr. Stooß: Das Gerücht ist nicht wahr, es liegt nur ein Entwurf vor.

Klein kommt auf die Eintrittsgelder zu sprechen. Sie müßten sehr billig gehalten werden. Für 12 Eintrittskarten sollen, wie es heißt, 2 Mk. erhoben werden. Das sei noch zu hoch. Es sollte überhaupt nur bei festlichen Veranstaltungen etwas bezahlt werden. Ich werde die Eintrittsgelder ablehnen. Für den kommenden Winter muß Arbeit geschaffen werden, ich begreife deshalb die Sozialdemokraten nicht, daß sie sich dagegen sträuben, weil es ein paar tausend Mark mehr kostet. (Zuruf b. d. Soz.: Quatsch!) Dieser unparlamentarischer Ausdruck kennzeichnet Ihren Bildungsgrad.

Wortführer Jenne weist den Redner, der den Ausdruck Quatsch gebraucht hat, zur Ordnung. Hoff: Ich bin es gewesen. Jenne: Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Stelling: Zutreffend war der Ausdruck für Kleins Ausführungen doch.

Wortführer: Ich verbitte mir die Kritik meiner Amtsführung.

Senator Dr. Stooß: Die Eintrittsgelderfrage ist Sache der Verwaltung.

Behn glaubt nicht, daß der Verein der Musikfreunde mit einer großen Vorlage komme, weil ein Konversationshaus gebaut werde. Für Einakter, „kleine Scherze" und Tango-Tänze sei Raum genug vorhanden.

Dr. Wittern: Nach Kenntnis des Briefes durch Herrn Henk ist es im Interesse des Staates ganz ausgeschlossen, anders zu handeln als die Vorlage anzunehmen.

Schöß erkennt die Schlußsumme für den Bau als richtig an und bemängelt den Böbsschen Ausspruch über das hohe Honorar der Architekten.

Aug. Pape: Wir gehen in Travemünde „herrlichen" Zuständen entgegen. Umsomehr ist Kommissionsberatung notwendig, um Überschreitungen zu vermeiden. Wir haben nicht nötig, eine halbe Million hinauszuwerfen, wenn uns Herr Brügmann so weit entgegenkommt, wie Herr Henk anführte. Wenn man das Einkommen aus der Fremdenindustrie bei den Travemündern so in Betracht zieht, wie Herr Grünau, dann müßten ja noch bedeutend mehr als 32 000 Mark Steuern herauskommen.

Der Antrag Aug. Pape auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Die Senatsvorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 59 Stimmen angenommen. Dagegen sind 36 Stimmen. Da eine Zweidrittelmehrheit nicht herauskommt, ist eine zweite Lesung notwendig.

Nach einer kurzen Debatte über das Ersuchen Kleins die Eintrittspreise zum Konversationshause betreffend, wird dieses angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch abend 6 Uhr.

Schluß 11 Uhr.

Soziales.

Gegen die Arbeitslosigkeit. In der Stadtverordnetenversammlung Detmold wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt: Der Magistrat möge ersucht werden, zur Linderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen in diesem Winter 1. in größerem Umfange als bis jetzt vorgesehen ist Notstandsarbeiten vorzubereiten, um insbesondere auch nichtgelernten Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu geben. 2. Der Magistrat möge beim Hofmarschallamte vorstellig werden, daß mit dem Bau des Hoftheaters sofort begonnen wird, um den arbeitslosen Handwerkern und Maurern Arbeitsgelegenheit zu geben. 3. Der Magistrat möge eine Vorlage ausarbeiten, wonach in den verschiedenen Stadtteilen für die Wintermonate heizbare Holzbaracken errichtet werden, damit den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, ihr Mittagessen in warmen Räumen zu verzehren. 4. Der Magistrat moge die Regierung ersuchen, ihrem Vertreter im Bundesrat anzuweisen, dort einen Antrag auf Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung zu stellen.

Aus Nah und Fern.

Warum? In dem Hause Weinstraße 27 in Berlin hat sich eine Tragödie abgespielt. In einer Wohnung des Hofgebäudes wurden der 37 Jahre alte Apotheker Ulbrich und der 25jährige Hausdiener Stramm tot aufgefunden. Beide hatten sich mit Cyankali vergiftet.

Von Gottes Gnaden. Ein kleines Menschenalter geschahen in Bayern alle Regierungsmaßnahmen im Namen des Königs Otto. Jedes Gerichtsurteil wurde gefällt: Im Namen des Königs. Der geistige Zustand des Mannes, mit dessen Namen die ganze bayerische Politik der letzten Jahrzehnte gedeckt wurde, steht nach dem zweiten Gutachten der Untersuchungskommission, die den armen geisteskranken Menschen im Schloß Fürstenried besuchte, also aus:

„Der Sinn für Reinhaltung und Pflege des Körpers ist völlig abhanden gekommen und fast mit jeder Stuhlentleerung und mit jeder Urinentleerung ist eine Verunreinigung des Körpers, der Kleider, des Zimmers und nicht selten auch des Bettes verbunden. Unter dem Einfluß einer krankhaften Berührungsfurcht suchte Majestät schon als Prinz und bei Beginn der Krankheit Stuhlentleerung und Urinentleerung möglichst lang zurückzuhalten oder die Dejektionen in Schränke und Schubläden zu entleeren, und seit vielen Jahren vermeidet Majestät jede Berührung eines Klosetts oder eines entsprechenden Gefäßes. In dieser Beziehung nur kurze Zeit sich selbst überlassen, würde Majestät alsbald verwildern, und doch setzt Majestät den Reinigungsmanipulationen und der Anwendung von Bädern fast jedesmal heftigen Widerstand entgegen."

Ist das nicht der blutigste Hohn auf das Gottesgnadentum und beweist der geistige Zustand des nun abgesetzten Königs nicht, wie überflüssig die Monarchen von Gottes Gnaden in der Staatsmaschinerie sind? In Bayern ist 27 Jahre der Beweis erbracht, daß es auch ohne Gottesgnaden-Fürsten geht. Konsequenterweise hätte man eigentlich gleich zur Republik übergehen sollen.

Falsche Beschuldigungen gegen die eigene Familie hat in Görlitz Frau Luise Ziesche erhoben, die ihre Eltern, ihre Schwester und ihren Schwager des Raubmordes bezichtigte. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung gab die Frau an, daß sie die ganze Sache erfunden habe, um sich an ihren Verwandten zu rächen. Die so schwer Verdächtigten, die bereits verhaftet worden waren, wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

Schwere Bluttat. In der Nacht auf Sonntag wurde ein Artist in Essen a. Ruhr aus einer Wirtschaft verwiesen. Darauf schoß er auf die Gäste und verwundete einen. Auf der Straße schoß er mehrmals auf seine Verfolger, flüchtete in eine Bierhalle und tötete ohne weiteres einen Gast durch einen Kopfschuß. Die Feuerwehr umstellte das Haus, um ein Entweichen des Wütenden zu verhindern. Erst nachdem ein Polizeibeamter zwei Schüsse auf ihn abgegeben hatte, konnte er überwältigt werden.

Der Massenmörder von Degerloch, der Lehrer Wagner, der, wie erinnerlich, vor einiger Zeit nach Ermordung seiner Frau und seiner Kinder zahlreiche Personen auf der Straße niederschoß, wurde aus dem Landgerichtsgefängnis Heilbronn zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die psychiatrische Klinik nach Tübingen gebracht.

Raufbolde in Offiziersuniform. Zwei Dragoneroffiziere aus Enns verübten gestern auf die Redaktion der Linzer sozialdemokratischen Tageszeitung „Wahrheit" einen brutalen Überfall. Sie schlugen mit einer Reitpeitsche und mit gezücktem Säbel auf die Redakteure ein, wobei drei von diesen Verletzungen erlitten. Das Setzerpersonal eilte zur Hilfe herbei und entwaffnete die Offiziere. Höhere Offiziere führten dann unter Beihilfe der Polizei die beiden Raufbolde ab. über diesen Vorgang wird von anderer Seite noch gemeldet: Zu einem Skandal, in dem Offiziere die Hauptpersonen sind, ist es hier gekommen. Am 8. dieses Monats berichtete das hiesige sozialdemokratische Blatt „Wahrheit" über eine nächtliche Ruhestörung, an der Offiziere die Hauptbeteiligten gewesen sein sollen; auch zwei Revolverschüsse sollen abgefeuert worden sein. Infolge dieser Nachricht erschienen auf der Redaktion des Blattes „Wahrheit" zwei Offiziere, nämlich der Oberleutnant Baron von Weber und der Leutnant Adamowitsch, die beide dem vierten Dragoner-Regiment angehören und verlangten in aggressiver Form von dem Redakteur der „Wahrheit" Aufklärung über den Urheber dieser Nachricht. Der Redakteur verweigerte die Namensnennung, worauf die Offiziere ihre Säbel zogen und auf den Redakteur eindrangen. Auf seine Hilferufe eilte das Druckereipersonal herbei und bei der nun entstehenden Rauferei erlitten fünf Personen Verletzungen. Es gelang mit vieler Mühe, den Offizieren die Säbel zu entreißen. Die Waffen, die übrigens infolge der Rauferei stark verbogen sind, werden dem Stationskommandanten ausgeliefert werden.

Wieder einer. Wegen Vergehens gegen den § 175 wurde in Ilmenau der Delikatessenhändler Erich Petzold, eine Stütze der nationalen Jugendbewegung, verhaftet. Petzold versammelte die „christliche Jugend" regelmäßig in seiner Wohnung. Als echte Christenseele bekämpfte er die freie Jugendbewegung vornehmlich vom sittlichen und moralischen Standpunkte aus. Dazu war Petzold sicherlich der geeignetste Mann.

Zwei Kinder verbrannt. In Goldlauter bei Suhl brach heute nacht ein Feuer aus, das zwei Wohnhäuser einäscherte. Dabei kamen zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren in den Flammen um.

Massenverhaftung von Mädchenhändlern. In Warschau sind in der Nacht zum Sonntag 89 Mädchenhändler, darunter mehrere soeben aus Amerika eingetroffene Agenten und Zuführer, in einem Café festgenommen worden. Unter den Verhafteten befand sich das Haupt der Bande, namens Silbermann, der gerade aus Brasilien angekommen war.

Das vergiftete Hochzeitsmahl. Von den durch das vergiftete Hochzeitsmahl in Cholet erkrankten Personen sind weitere zwei gestorben. 15 Personen schweben in Lebensgefahr. Die Untersuchung ist bisher ergebnislos verlaufen.

Durch ein verheerendes Großfeuer wurden in Dingelstadt auf dem Eichsfelde zehn Bauerngehöfte mit den zugehörigen Scheunen und Wirtschaftsgebäuden vollständig eingeäschert.

Vatermörder. In Perchting bei Starnberg wurde der 24 Jahre alte Sohn eines Bäckermeisters verhaftet, nachdem man diesen in seiner Scheune erhängt aufgefunden hatte. Verletzungen am Halse deuteten darauf hin, daß der 49 Jahre alte Mann erdrosselt und dann zur Vortäuschung eines Selbstmordes in der Scheune aufgehängt worden war. Der Sohn hatte sich mit dem Vater überworfen, weil dieser wieder heiraten wollte.

Scharlachepidemie in London. In London herrscht jetzt eine Scharlachepidemie, die die schlimmste seit 1906 ist. Dreitausendsechshundert über ganz London verteilte Fälle werden in den verschiedenen Krankenhäusern behandelt, die kaum die Arbeit bewältigen können. Hinzu kommen noch zweitausend Fälle von Diphtherie und Typhus.

Schneestürme in Nordamerika. In den amerikanischen Oststaaten und in den Gebieten an den großen Seen hat ein heftiger Schneesturm große Verkehrsstörungen auf dem Lande und dem Wasser hervorgerufen. In vielen Gegenden liegt der Schnee zehn Zoll hoch. Auch die Ozeandampfer sind von dem Unwetter betroffen und haben Verspätungen.

Die geschäftliche Seite der Königsmacherei. Die Absetzung des bisherigen und die Einsetzung eines neuen Königs in Bayern bedeutet auch für die Kinder des bisherigen Regenten und nunmehrigen Königs von Bayern ein recht gutes Geschäft, da sie von jetzt an bedeutende Apanagen erhalten werden. Die nachstehende Liste gibt darüber Auskunft:

Namen	Bezog bisher vom Staate	Wird künftig vom Staate beziehen
Rupprecht (jetzt Kronprinz)	Nichts	350 000 Mk.
Karl	10 000 Mk.	137 000 „
Franz	Regimentskommanneur	dazu 171 000 „
Adelgunde	Nichts	25 000 „
Hildegard	„	25 000 „
Wiltrud	„	25 000 „
Helmtrudis	„	25 000 „
Gundelinde	„	25 000 „
	Sa. 10 000 Mk.	Sa. 785 500 Mk.

Den Kindern des jetzigen Königs beschert also die Absetzung des bisherigen allein aus der Staatskasse die hübsche Summe von 785 500 Mk. jährlich. König Ludwig III. bezog, so lange er Regent war, vom Staate nur 342 858 Mk. Von jetzt ab erhält er die Zivilliste, die momentan 4 231 000 Mk. beträgt, bald sich aber auf rund 5 500 000 Mk. belaufen wird, da dem Landtage bereits eine Vorlage zugegangen ist, die sich auf diese Summe erhöhen soll. Unser Münchener Parteiorgan hat zwei Tage vor der Thronbesteigung Ludwigs III. ein Referat des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Freiherrn von Malsen, der ein heftiger Gegner der Königsmacherei war, veröffentlicht, in dem es unter anderem über den Plan, den König Otto abzusetzen, hieß: „Es steckt was ganz anderes dahinter, als das Interesse um Regentschaft und Königtum — das verfassungsmäßige. Da plädiere ich noch weit lieber für eine ausgiebige Erhöhung der Zivilliste oder des Regentenaversums." Betrachtet man den zweiten Satz, den hier der Baron Malsen von sich gab, so sieht es gerade so aus, als ob er geglaubt hätte, bei der Königsmacherei seien vor allem pekuniäre Erwägungen in Betracht gekommen. Bedenkt man, daß der König Otto schon 65½ Jahr alt ist, also nach menschlichem Ermessen doch nur mehr ein paar Jahre leben wird, so ist nicht recht zu verstehen, warum man plötzlich so sehr große Eile hatte.

Standesamtliche Nachrichten

vom 2. bis 8. November 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

26. Oktober. Maschinenschlosser H. F. W. Dedeke. 27. Kutscher C. H. Chr. Ludewigsen. 28. Malermeister H. W. Chr. Herzig. Straßenbahnschaffner F. J. H. Oldörp. 29. Maurer H. F. Chr. J. M. Jäger. Brauer W. H. F. Koller. Stellmacher R. W. H. Thormann. 30. Arbeiter A. H. G. G. Suhl. 31. Kaufmann R. K. Chr. Adler. Lagermeister E. J. A. Herold.

1. November. Kaufmann A. K. G. Mattig. 2. Postbote Chr. A. W. Tack. 3. Elektromonteur K. P. Hauschild. 4. Arbeiter P. H. Hansen. Privatmann L. A. K. F. Clauß. Arbeiter C. O. Klpf. 5. Arbeiter F. H. E. Wulf. Obergärtner C. Chr. F. Karstedt. 6. Prokurist O. Th. F. J. Lohrmann. Gärtnergehilfe J. C. Oldenburg. 7. Kutscher J. J. H. Vierig.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

28. Oktober. Straßenbahnwagenführer G. H. D. Dunker. 29. Schneider J. H. E. Kröger. 30. Lokomotivheizer R. A. C. H. P. Fäseke. Gerichtssekretär C. J. A. Struß. Lagerist J. J. F. Lüdemann. 31. Straßenbahnschaffner D. C. L. H. Marcks. Arbeiter J. Boroch.

1. November. Musiker L. H. Wenck. 2. Arbeiter J. P. H. Wieg. Tischler W. F. J. Chr. Randt. Lagerhalter P. M. W. Werner. 3. Arbeiter K. F. W. Müller. Arbeiter A. A. Dehmke. Maschinist F. H. L. Frahm. Chauffeur J. J. H. Plath. 4. Straßenbahnschaffner O. H. W. Wegner. 5. Arbeiter H. E. Th. F. Asmussen. Bautechniker F. W. J. H. Parbs. 6. Arbeiter L. H. H. Dankert. 7. Maler R. F. K. Grell. Schmied K. Paulini. 8. Schmied E. K. H. L. Eschenburg.

Angeordnete Aufgebote.

3. November. Arbeiter F. J. O. K. Schröder und A. M. S. Küntzel in Niederbüssau. 4. Arbeiter F. J. L. Westphal und E. J. Ponke geb. Krause. Heizer M. Wallat und L. P. B. Evers. Arbeiter K. R. G. Böttger in Hamburg und M. M. M. Garbe. 5. Handlungsgehilfe W. J. B. Wandschneider und M. A. Schröder in Holtenau. Versicherungsbeamter W. H. P. Groth und B. H. K. Bollow in Schwerin. 6. Maschinenbaugehilfe A. A. Th. J. Boye und A. M. L. Badstein, beide in Hamburg. Kantor R. Joseliowitsch in Hamburg und S. P. Alexandrowitsch. 7. Müller W. K. F. Brümmer und B. W. E. S. Kähler in Kölzin. Viehkommissionär W. H. Koeppke und E. M. Süfke in Rensefeld. Schiffskapitän J. A. F. Chr. Münter und E. M. E. Markmann. Arbeiter A. Stricker und H. F. Gloe. Arbeiter E. H. K. Kolbow und D. K. L. Peters geb. Klempau. Arbeiter H. J. H. Martens und M. E. F. Bohnsack. Tischlergeselle H. F. P. Reiher und L. Ch. Düsedau. Mechaniker J. H. W. Stoffers und M. A. M. Behncke. 8. Oberkellner J. H. Ritz in Hamburg und L. M. W. Vick. Schiffskoch P. E. M. Lettow an Bord des Hamburger Dampfschiffes „Weser" und J. P. Ferdinandsen genannt Johnsen. Musketier F. J. A. Pöhls und F. K. M. Schultz.

Eheschließungen.

4. November. Privatmann Chr. F. K. Eisenberg und W. E. H. Schröder geb. Gaszow. 6. Kaufmann O. H. J. Eickelberg in Hamburg und M. E. A. Florian. Lagerarbeiter O. G. W. Kühne und M. Balzer. 7. Lehrer A. K. E. Rieck und N. W. E. Kiel. 8. Dreher H. N. Evers und E. L. T. Koop. Telegraphenarbeiter M. K. R. Käselau und F. A. D. Garling. Güterbodenarbeiter A. L. J. Karsten und M. M. F. Garbs. Buchbinder J. R. Stender und M. K. J. Krohn. Schneider G. Steinfeldt in Drage und A. F. K. H. Möller. Postassistent H. W. H. Schoer in Hamburg und E. J. M. K. Lohmann. Privatmann J. H. Morgenstern und A. Fischer geb. Mazak. Arbeiter H. J. W. Lange und A. A. W. Klöhn. Fabrikarbeiter H. A. Kock und M. W. D. Thimm in Wulfsdorf. Zimmermann H. H. A. Fürs und A. M. K. Jacobson in Ravensbusch. Kutscher J. G. Najewitz und H. F. F. Kuchel. Arbeiter K. J. F. Westphal und M. L. M. Frenz. Kornträger G. H. Karsten und D. S. M. Ahrenhold. Schmiedegeselle K. W. Niegisch und M. K. Markmann geb. Hamdorf. Kaufmann F. O. Meyer in Kiel und J. E. K. Detlessen. Bahnwärter F. H. Chr. Meyer in Siebenbäumen und A. L. M. Schimming geb. Riebe in Frauendorf. Hafenarbeiter K. F. G. Stosik und A. F. D. Witt. Arbeiter W. H. H. Behnke und F. M. A. Steen in Badendorf. Stanzer E. E. G. Dombeck und M. H. J. A. Topp. Hufner O. Wirtz in Düchelsdorf und E. E. M. A. Möller in Roggenhorst. Arbeiter O. H. A. Buchner und M. L. E. J. Krüger geb. Hartz. Postillon H. K. W. Puls und F. S. Th. O. A. Dunckel in Parchim.

Sterbefälle.

1. November. Ein totgeb. Knabe, V.: Maurer C. H. E. J. Reinbender. E. C. geb. Deggau, Witwe des Bureaugehilfen beim Stadt- und Landamt C. G. H. Bohnsack, 75 J. Arbeiter J. J. Chr. Schwarz, 61 J. Schuhmacher C. L. Schroeckel, 61 J. Bäckermeister P. A. Peterson, 56 J. (Lang-Niendorf). Hausdiener H. J. F. Eulert, 26 J. 2. C. S. D. geb. Walter, Witwe des Malermeisters A. J. S. Schwenn, 73 J. Früherer Werkmeister M. J. D. Dobbertin, 57 J. 3. A. M. E. geb. Kemp, Ehefrau des Haus- und Hypothekenmaklers F. H. L. Vagt, 76 J. C. M. geb. Tews, verw. Robrahn, Ehefrau des Arbeiters J. P. W. Bannau, 50 J. A. M. H. geb. Dörr, Ehefrau des Arbeiters C. F. W. A. Dührkop, 35 J. 4. A. M. D. geb. Lütke, Ehefrau des Tischlermeisters F. J. Kibbel, 52 J. Maler F. F. H. Steen, 28 J. Arbeiter D. P. H. Dobbertin, 76 J. R. J. J. Brandt, 4 Mt. 5. Früherer Korbmachermeister H. J. Tralow, 83 J. E. J. E. geb. Pein, Witwe des Schreibers beim Landgericht H. M. D. Deythien, 73 J. M. E. H. A. geb. Ott, Ehefrau des Arbeiters F. H. Chr. Voß, 24 J. J. W. F. Westphal, 6 J. (Krumbeck). 6. B. Karstedt, 1 T. Privatmann P. H. W. Grevesmühl, 81 J. E. A. D. geb. Benthien, Ehefrau des Arbeiters H. R. R. Nebermann, 33 J. Kaufmann K. H. J. Krapp, 54 J. J. A. geb. Bräuer, Ehefrau des Buchdruckers J. J. F. Körner, 47 J. Schriftsetzer H. Chr. F. Rusche, 51 J. Ein Mädchen, 8 Tage, V.: Milchhändler J. H. W. Lender. M. S. Ch. geb. Pingel, Witwe des Privatmanns J. H. Both, 77 J. H. A. M. M. Vielhaack, 58 J. 7. Ein Mädchen, 5 Min., V.: Maler R. F. K. Grell. Lehrer a. D. St. Harms, 83 J. Privatmann G. Chr. J. Gläser, 71 J. H. D. A. Meyer, 9 Mt. (Krempelsdorf). 8. G. R. Hormann, 14 J. H. Saalfeld, 58 J. G. A. L. Rieckhof, 1 Mt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Reklame-Verkaufstage!

In meinen Detailgeschäften erhalten Sie

heute Dienstag, den 11., Mittwoch, den 12. u. Donnerstag, den 13. November

auf jeden Einkauf von **1.50 Mk.** an

½ Pfund hochfeinen garantiert reinen Kakao gratis.

Allerf. holst. Meierei-Tafelbutter per Pfd. nur **1.45**	Margarine . . . . . Pfund von **60 ₰** bis **1.00**
Koch- und Backbutter . . . per Pfund nur **1.19**	Kaffee, frisch geröstet Pfund von **1.20** bis **2.00**
Pflanzenbutter, veg. Marg. Pfd. von **80 ₰** bis **1.00**	Mischkaffee . . . . Pfund **80 ₰ 1.00 1.20**

Lübecker Butter-, Kaffee- und Tee-Haus Friedrich Warnecke

Breite Straße 1-3 — **Abteilung Butter**

Moislinger Allee 14, Ecke Karpfenstr.

Breite Straße 5 — **Abteilung Kaffee**

8460

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Der

Neue-Welt-Kalender

für 1914

ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1914

Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Kalenders erwähnen wir folgende interessante Abhandlungen:

August Bebel (mit Porträt in vier Farben) :: Wie erzieht man die Jugend zu freien selbstbewußten Menschen. Von Emil Sonnemann :: Krankheitsverhütung und erste Hilfe. Von Dr. J. Zadek :: Schöffen u. Geschworene. Von Karl Freter :: Der Reichsetat. Von E. Däumig.

Außerdem enthält der Kalender unter anderem: Alle für Arbeiter wichtige Adressen — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 und die Nachwahlen — Biographische Notizen der sozialdemokr. Reichstagsabgeordneten — Die Gewerkschaften i. Jahre 1912. Kalendarium, Geschichtskalender, Portotaxe, Merktafeln, Notizbuch.

Preis geb. 50 Pf.

Zu beziehen durch:

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 **Wickedestr. 44**

empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 32.** (184

Schuhwarenlager von

Heinrich Beckmann, Reiferstr. 3

empfiehlt 8474

Herren-Schnürstiefel von 8.50 bis 14.50 Mk.
Damen- „ „ 5.90 „ 12.75 „

Kinder-Stiefel in Boxkalf, Rindbox und Roßchevreau

Nr. 23—26	27—30	31—35
3.75 Mk. an.	5.25 Mk. an.	5.90 Mk. an.

Halbstiefel 11.50 und 12.75 Mk.
Arbeits-Schuhe und Stiefel 4.50 bis 8.75 Mk.

Rabattmarken oder 4 Prozent.

Reparatur-Werkstatt. **Handarbeit.**

Herren-Sohlen 2,50 Mk. **Absätze 80 Pfg.**
Damen- „ 1,65 „ **„ 60 Pfg.**
Kinder-Sohlen je nach Größe von 1.00 Mk. an.

Bebel-Postkarten

sind wieder vorrätig.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Sonntag, den 23. November 1913:

Bunter Abend

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Mitwirkende: **Frau Konzertsängerin Dahlke-Kappes, Herr Rezitator Emil Walkotte und Herr Kapellmeister Nitzsche, sämtlich aus Berlin.**

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Preis der Karte 30 Pfg., Garderobe 10 Pfg.

Karten an den bekannten Stellen. (8463

Der Vorstand.

Konzerthaus Fünfhausen.

Heute Dienstag: **Grosses Tanzkränzchen**
Mittwoch: **Tanzkränzchen.** (847

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 265. Dienstag, den 11. November 1913. 20. Jahrg.

Der deutsche Geldmarkt erleichtert?

Deutschland hat seit langen Monaten unter starker Geldknappheit, dem normalen Vorläufer rückgängiger Konjunktur, zu leiden gehabt. Der Balkankrieg, die politisch-unruhigen Zeitläufte hatten eine ungesunde Anspannung erzeugt, die sich seit Mitte November 1912 in einem Reichsbankdiskontsatz von 6 Proz. ausdrückte. Sechs Prozent Reichsbankdiskont bedeuten eine riesenhafte Belastung des großartigen kapitalistischen Apparates, den wir deutsche Volkswirtschaft nennen. Das Geld war teuer geworden, weil es knapp geworden war. Geld wird immer knapp mit hochgehender Konjunktur, die Milliarden über Milliarden verschluckt, um sie erst allmählich, verzinst und vergrößert, wieder in Erscheinung treten zu lassen. Die Angst vor dem Kriege ließ viele das bare Geld nicht aus den Händen geben. Die Börsenkurse, das Barometer des kommenden Wirtschaftswetters, sanken. Die ersten Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen folgten. Es ging trotz verschiedener hemmender Momente abwärts.

Unter welchem Druck, verglichen an anderen Jahren, Deutschland 1913 arbeiten mußte, zeigt ein Vergleich mit den Jahresdurchschnitten der Diskontsätze vorhergegangener Wirtschaftsperioden.

Der Diskontsatz der Reichsbank betrug im Jahresdurchschnitt:

1905	3,02	Prozent
1907	6,03	„
1908	4,75	„
1909	3,92	„
1910	4,35	„
1911	4,40	„
1912	4,95	„
1913 (bis 27. Okt.)	6,00	„

Diese Zusammenstellung zeigt uns, wo wir 1913 bis jetzt gestanden haben. Deswegen bedeutet das Herabsetzen des Reichsbankdiskontes um ein halbes Prozent auf 5½ Prozent außerordentlich viel. Wenn auch nicht übersehen werden darf, daß eine entscheidende Erleichterung bis jetzt sich in der deutschen Volkswirtschaft noch nicht allzu weit fortgepflanzt hat. Das Börsenbarometer reagierte auf die Herabsetzung des Diskontosatzes überhaupt nicht, abgesehen von einer vielleicht etwas leichteren Abwickelung der Ultimogeschäfte. Besonders zu beachten ist aber, daß Deutschland jetzt mit seiner derzeitigen Wirtschaftstemperatur eine andere Richtung eingeschlagen hat, als auf dem internationalen Markte zu registrieren ist. Die Bank von England zum Beispiel leidet unter einer starken Geldknappheit. Der englische Bankdiskont ist erst im Anfang Oktober d. J. noch heraufgesetzt worden, es fand also eine Verteuerung der Ware Geld statt. In Frankreich liegen die Dinge ähnlich, dort vielleicht aus dem besonderen Grunde mit, weil die Balkanstaaten sich sehr viel Mühe geben, Anleihegeld aus Frankreich herauszuholen. Als erleichterndes Moment und nicht zu unterschätzende Ursache dafür, daß die Lage des deutschen Geldmarktes jetzt anders erscheint, wie die der goldenen Internationale, wird die sich sichtbar vergrößernde deutsche Ausfuhr bezeichnet. Wenn das schon zutrifft insofern, daß dadurch vergrößerte Geldzuflüsse nach Deutschland entstehen, so darf nicht vergessen werden, daß die vergrößerte Ausfuhr auch eine zwangsweise ist, weil der Inlandsmarkt nicht mehr aufnahmefähig genug erscheint. Nicht mehr aufnahmefähig genug zu den Preisen, die man für das Inland gern festhalten möchte. Es kommt noch sehr darauf an, zu welchem Preise zurzeit die Ausfuhr deutscher Ware erfolgt. Die großen Syndikate z. B. geben schon seit Monaten eifrig Ausfuhrentschädigungen, um ihre Mitglieder zu beeinflussen auf dem deutschen Markte die hohen Preise nicht durch Überangebot zum Zusammenbrechen zu bringen.

Bei all diesen Gesichtspunkten muß festgestellt werden, daß die Herabsetzung des Diskontes der Reichsbank eine Erleichterung, aber noch lange keine Umkehr zu besseren Zeiten bedeutet.

Aus der Partei.

Die Vereinsausgabe des Protokolls vom Parteitag in Jena ist vergriffen. Eine Neuauflage erfolgt nur nach Maßgabe der eingehenden Bestellungen, die bis 16. November an den Verlag der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, erbeten werden. Später eingehende Bestellungen können keine Berücksichtigung finden.

Drei Preßprozesse an einem Tage. In Bayreuth wird jetzt der Kampf gegen die Sozialdemokratie in der Weise geführt, daß gegen unser dortiges Parteiblatt, die „Fränkische Volkstribüne", aus allen erdenklichen Anlässen Privatbeleidigungsprozesse erhoben werden. Am Donnerstag standen nun am Schöffengericht Bayreuth gleich drei Beleidigungsklagen gegen Genossen Puchta an. Im ersten Falle klagte der Vorsitzende des Bayreuther Gemeindekollegiums, der liberale Rechtsanwalt Frölich, weil ihm vorgeworfen worden war, daß er bei Beratung eines Statuts über Fürsorge für städtische Arbeiter, die Gemeindevertreter eingewickelt habe. Urteil: 120 Mk. Geldstrafe. Im nächsten Falle war Puchta der Beleidigung des städtischen Schulrats Kesselring und des Rechtsrates Keller angeklagt. Dieser Klage lagen mehrere scharfe Abwehrartikel und eine Rede in einer Volksversammlung in Bayreuth zugrunde, die Puchta gegen die Verfolgungen der Arbeiterjugendbewegung richtete. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung zu 180 und 60 Mk. Geldstrafe. Im letzten Falle klagte ein Arbeitswilliger wegen Verletzung seiner Ehre. Von ihm war ohne Namensnennung gesagt worden, daß er schon wegen Messerstechereien zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt und von seiner vorherigen Arbeitsstelle wegen Faulheit entlassen worden sei. Der Wahrheitsbeweis wurde hierfür erbracht und Genosse Puchta freigesprochen.

Kommunalwahlsiege. In Berlin, Charlottenburg und Schöneberg wurden am Sonntag die Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung vorgenommen. In Berlin waren 17 Stadtverordnete zu wählen. Alle Mandate, bis auf eins, fielen den Sozialdemokraten zu, die zwei neue Mandate den Liberalen entrissen. Ein Mandat fiel den Liberalen zu, die übrigens nur in 7 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt und in den übrigen Bezirken den Sozialdemokraten die Mandate ohne Kampf überlassen hatten. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Berliner Rathaus beträgt nunmehr 45. — In Charlottenburg wurden die Wahlen in 8 Bezirken vorgenommen. Die bürgerlichen Parteien hatten gemeinsame Kandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokraten behaupteten 3 Bezirke und gewannen einen neuen hinzu, verloren jedoch leider auch einen Bezirk. Von 78 Mandaten befinden sich 14 im Besitz der Sozialdemokratie. — In Schöneberg gewannen unsere Genossen zwei neue Mandate und behaupteten ihre Mandate in drei Bezirken. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten steigerte sich hier von 13 auf 15. — In Wittenberge (Bez. Potsdam) wurden nach einem überaus heißen Wahlkampf 23 Genossen gewählt. 2 Sitze wurden neu gewonnen. Ein Genosse kam außerdem in eine recht aussichtsreiche Stichwahl.

Totenliste der Partei. In Lahr i. B. verstarb in der Nacht zum Sonnabend der Gauleiter des Buchbinderverbandes Oskar Schröter im Alter von 38 Jahren plötzlich infolge Schlaganfalles. In dem Verstorbenen verliert der Verband eines seiner rührigsten Mtiglieder. Als Vorsitzender der Stuttgarter Zahlstelle, später als Gauvorsitzender tätig, stellte ihn der Verband im Jahre 1911 fest an und verlegte den Sitz des Gauvorstandes nach Lahr i. B., um in der dortigen Kartonnagenindustrie besondere Agitation zu entfalten. Schröter gelang es denn auch, in seinem Gaubezirk die Organisation erfolgreich zu fördern. Gegenwärtig wird in Lahr der erste Lohnkampf in der Kartonnagenindustrie geführt. Schröter war der Streikleiter dieser Bewegung und die damit verbundene Aufregung mag zu seinem Tode beigetragen haben. Die Leiche des Verstorbenen wird in Stuttgart eingeäschert. Der Vater des Verstorbenen, der in den Zeiten des Ausnahmegesetzes von Leipzig nach Stuttgart flüchten mußte, war lange Jahre in der Dietzschen Druckerei als Korrektor tätig; er verstarb im Sommer dieses Jahres.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Hafenarbeiterstreik in Stettin. Hesberg zog am Sonntag mit seiner Garde ab. Der Magistrat hat nach Kenntnis der von uns veröffentlichten Vorstrafen Hesbergs ihn anscheinend doch nicht mehr für würdig gehalten, weiter als Pächter im Hafen fungieren zu können. Es sollen jetzt durch einen anderen Streikbrecher-Lieferanten 200 Arbeitswillige angeblich aus Berlin eintreffen. — In den letzten Tagen bestand wieder einmal die Aussicht, daß der Kampf beendet werden könnte. Durch einen Beschluß des Magistrats ist jede Hoffnung auf Frieden zuschanden gemacht worden. Die Arbeiter sollen bedingungslos zur Arbeit zurückkehren und nur die Anfangslöhne von 3—3,25 Mk. und 3,60 Mk. erhalten. Die neueste Maßnahme des Magistrats hat die Streikleitung damit beantwortet, daß sie beschloß, jedem am Ausstand Beteiligten eine Extraunterstützung von 3 Mk. zu gewähren. Die Mehrzahlung kam schon am verflossenen Sonnabend zur Auszahlung.

Die englischen Postbeamten stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine Erhöhung ihrer Gehälter und Löhne um 15 Prozent und drohen, falls die Regierung keine befriedigenden Zugeständnisse macht, mit einem Ausstand zur Weihnachtszeit.

Klassenkampf und die Justiz in Lahr. Vor dem Gewerbegericht in Lahr wurde am 6. November die Verhandlung gegen die streikenden Kartonnagen- und Etuisarbeiter, welche von den Fabrikanten wegen angeblichen Kontraktbruchs auf Schadenersatz verklagt worden waren, fortgesetzt. Sie endete mit einer Verurteilung der Beklagten zum Schadenersatz. Wie genau die Herren die durchschnittlichen Löhne der Beklagten angegeben hatten, geht daraus hervor, daß sie dem vom Gewerbegericht als berechtigt anerkannten Antrag der Beklagten, aus ihren Geschäftsbüchern den durchschnittlichen Wochenbeitrag herauszuziehen, nicht entsprachen, sondern sich lieber zu einem 20prozentigen Abzug der von ihnen geforderten sogenannten durchschnittlichen Löhne verstanden. Vor dem Gewergericht mußte der Fabrikant Gabelmann auch zugeben, daß er einen Arbeiter, der nicht verraten wollte, wer ihm die Kündigungsliste gegeben, mit Schlägen bedroht habe. Ja, dieser Unternehmer meinte sogar an Gerichtsstelle: „Ein anderer hätte ihm gleich eine heruntergeputzt." Trotzdem wurde der Arbeiter vom Gewerbegericht ebenfalls verurteilt, Schadenersatz zu leisten, weil, wie der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung ausführte, solche Worte in einer erregten Zeit nicht so genau genommen werden dürfen und sie einem jungen Manne gegenüber keine grobe Beleidigung bilden, die ihn zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtige. Festgestellt wurde ferner, daß in seinem Betriebe überhaupt keine Arbeitsordnung ausgehangen hat, daß große für sich abgeschlossene Arbeitsräume monatelang ohne Arbeitsordnung waren und die während dieser Zeit eingestellten Arbeiter also auch von einer solchen und ihrem Kontraktbruchparagraphen nichts wissen konnten und nichts wußten. Gnade vor den Augen des Gewerbegerichtsvorsitzenden fand fast kein Grund und kein Antrag der Beklagten; selbst nicht das Verschließen der gewohnten Ausgangstür in einem Betrieb, um das Personal zur Unterschreibung eines Reverses im Kontor zu zwingen und sie am Verlassen der Fabrik zu behindern. Auch die mit einem Streikvermerk im Arbeitsbuch entlassenen minderjährigen Arbeiter eines anderen Betriebes wurden zum Schadenersatz verurteilt, dagegen ihr Anspruch wegen kündigungsloser Entlassung abgewiesen. Bemerkenswert ist es auch, daß selbst eine bei einem Lokaltermin zur Besichtigung der Arbeitsordnungen bestimmte Arbeiterin von einem „Aufseher" einer Fabrik mit „Du" angeredet wurde, wie auch schon in der vorhergehenden Verhandlung ein Arbeiter stramm von einem Unternehmer, einem Reserveoffizier (!), gleichfalls mit „Du" tituliert wurde. Der Herr Vorsitzende fand das in der Ordnung, rügte aber den Vertreter der Beklagten, den Verbandsvorsitzenden Kloth, als dieser sich über solche merkwürdigen Verkehrssitten wunderte und beschwerte. Kloth ließ sich allerdings durch die Rüge nicht behindern und machte dem Vorsitzenden klar, daß man die Wahrheit auch an Gerichtsstelle sagen dürfe, und daß Lahr in ganz Deutschland berüchtigt sei ob seiner ostelbischen Sitten, wie man sie bei den Unternehmern antreffe. Der ganze Streik sei hauptsächlich dieser üblen Angewohnheit der „Herren im Hause" zu danken, die sich eben nicht damit abzufinden vermöchten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen auch Menschen mit gleichen gesetzlichen Rechten seien. Nach wie vor zeigen sich die Behörden Lahrs im Lichte reinster Objektivität. Erst in den letzten Tagen wurde wieder ein Kriminalschutzmann zu einem Streikenden geschickt, um ihn zu fragen, ob er freiwillig oder gezwungen seine Arbeitsstelle verlassen habe. Kloth bedeutete dem Schutzmann, daß ihm das gar nichts anginge, wenn nichts Ungesetzliches passiert sei. Man sah seinem eiligen Lauf an, wie unlieb dem Schutzmann der Auftrag gewesen war, den ihm der Oberbürgermeister, wie er sagte, erteilt hatte. Andern Tags sah man den Schutzmann zu dem bisherigen Arbeitgeber des betreffenden Arbeiters gehen. Vielleicht um Bericht über seine mißglückte Mission zu erstatten. Hat die Polizeibehörde nichts Nützlicheres zu tun?

Kommunales.

Antisemitischer Terror. Aeußerst rückständig gebärdete sich die antisemitische Stadtverordneten-Mehrheit in Bautzen. In Bautzen besteht ein Verein „Volkswohl", der eine Lesehalle unterhält, die auch von der Stadt subventioniert wird. Bereits früher schon haben die Antisemiten die Subventionierung davon abhängig gemacht, daß die in der Lesehalle ausliegenden Zeitungen „Vorwärts" und Zittauer „Volkszeitung" beseitigt würden. Der Verein kam dem Wunsche nach und erhielt die Subventionierung von 500 Mark auch diesmal bewilligt, weil der Verein sich noch immer den Wünschen der Antisemiten gefügig gezeigt habe. — Die sozialdemokratischen Zeitungen sind beseitigt und Bautzen ist vor dem Umsturz bewahrt.

Die Einführung glaubensfreien Religionsunterrichts für Kinder von Dissidenten oder freireligiös gesinnten Eltern war Gegenstand der Stadtverordnetensitzung in Gera-Reuß. Gegen die bürgerlichen Stimmen wurde beschlossen, den Schulvorstand zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, nach der Kinder von Dissidenten usw. vom christlichen Religionsunterricht entbunden und durch einen von der Stadt anzustellenden Lehrer glaubensfreien Sittenunterricht erteilt erhalten sollen. Eventuell soll — wenn diesem Beschluß Schwierigkeiten erwachsen sollten — die freireligiöse Gemeinde zur Einrichtung eines solchen Moralunterrichtes einen angemessenen Zuschuß erhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Gesundheitsschädliches Gefängnis. Vor der Strafkammer in Siegen hatte sich der Gerichtsdiener B., der die Gefangenen im Amtsgerichtsgefängnis zu beaufsichtigen hatte, zu verantworten. B. hat, wie er selbst zugibt, die Flucht zweier Gefangenen dadurch begünstigt, daß er nachtsüber die Zellentüren offen ließ, so daß ein freier Verkehr unter den Insassen stattfinden konnte, von denen schließlich zwei den Weg ins Freie suchten. Zu dieser Dienstwidrigkeit will er aber aus Mitleid mit den Gefangenen gekommen sein, die in den Zellen an ihrer Gesundheit Schaden genommen hätten. Die Gelasse seien kalt und feucht und von zahlreichen Ratten und Mäusen bevölkert gewesen, deren Leiber unter den Dielen verwesten und einen entsetzlichen Geruch verbreitet hätten. Die Gefangenen hätten stets über Kopfschmerzen geklagt. Unerträglich sei aber der Aufenthalt in den Zellen gewesen, wenn die Öfen geheizt worden seien. Die Gefangenen hätten ihn inständig gebeten, ihnen durch Offenlassen der Zellentüren etwas frische Luft zu verschaffen, da die Gelasse ein direktes Fenster nach außen nicht gehabt hätten. Diese Zustände wurden durch den beamteten Richter bestätigt, so daß der Angeklagte nur zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Die beiden entflohenen Gefangenen, die später wieder festgenommen werden konnten, erhielten je sechs Monate Gefängnis, da das Gericht in ihrem Verhalten eine Zusammenrottung zum Zwecke ihrer Befreiung erblickte.

Justizallerlei. Ein beleidigender Blick. Die Empfindlichkeit der Breslauer Polizei und die Rechtsprechung der dortigen Gerichte werden immer unglücklicher. Am Freitag verurteilte das Schöffengericht einen Photographen zu zwei Wochen Gefängnis, weil derselbe einem Revierschutzmann einen beleidigenden Blick zugeworfen hatte. Der Photograph stand mit dem Schutzmann besonders „gut" und glaubte sich von ihm bei einer Begegnung auf der Straße unbegründet beobachtet. Er blieb deshalb vor dem Schutzmann einen Augenblick stehen und sah ihn an, wie der Schutzmann behauptet, mit einem „verächtlichen" Blick. Der nahm ihn dafür einfach mit auf die Wache und zeigte ihn wegen Beleidigung an. Vergeblich wies der Verteidiger darauf hin, daß die Aussage des Schutzmannes keine Zeugenaussage, sondern ein Urteil sei. Das Gericht hielt den beleidigenden Charakter des Blickes für erwiesen und verurteilte den Photographen zu 14 Tagen Gefängnis! — Geistig anormal. Wegen sittlicher Verfehlungen wurde im August d. Js. gegen den Hauptmann Stern aus Osterode eingeschritten. Er entfloh, wurde aber verhaftet und auf seinen Geisteszustand untersucht. Jetzt wollen die ärztlichen Sachverständigen „geistige Anormalität" bei dem Hauptmann entdeckt haben. Er ist in ein Sanatorium in der Nähe Königsbergs gebracht worden, und wird wahrscheinlich gar nicht vor den Richtern zu erscheinen brauchen. Das Sanatorium wird er natürlich verlassen, sobald sich sein Zustand gebessert haben wird. Es ist doch merkwürdig, daß die meisten Leute aus den oberen Schichten Verbrechen in anormalem Zustande verüben und statt ins Gefängnis ins — Sanatorium wandern.

Freispruch im Kiewer Ritualmordprozeß. Nach Schluß der Plädoyers der Verteidiger in der bis in die Nacht währenden Sitzung wurde dem Angeklagten das letzte Wort erteilt. Beilis erklärte, er könne nicht sprechen, er sei abgemattet und ermüdet. Er sei unschuldig und bitte um seine Freisprechung, damit er zu seinen unglücklichen Kindern zurückkehren könne, die ihn seit 2½ Jahren nicht gesehen haben. Die Geschworenen erkannten am 10. November auf nichtschuldig, worauf Beilis freigesprochen wurde.

Aus Nah und Fern.

Rebellische Bauern. Die Massenschlachtungen von krankem Vieh und die damit verbundene Erregung der Bauern im schlesischen Dorfe Niedersalzbrunn nimmt zu. Am Donnerstag hatten die Landwirte einen Bescheid von der Landwirtschaftskammer erhalten, wonach die Zwangsschlachtungen ausgesetzt werden sollten. Dieser amtliche Bescheid wurde mit besonders großem Vertrauen hingenommen, weil mittlerweile bekannt wurde, daß in dem großen Viehbestand des früheren Abg. Richthofen ebenfalls die Seuche ausgebrochen sei und dieser sich wegen Abwendung der Schlachtungen persönlich an den Minister gewandt habe. Man glaubte allgemein, daß die Intervention dieses Mannes auch für die kleinen Bauern Hilfe bedeute. Diese Hoffnung wurde aber schmählich getäuscht. Am Freitag früh stellten sich auf vier Gehöften zahlreiche Gendarmeriemannschaften, Schlächter, Aerzte und Regierungsvertreter ein, die nun aufs neue mit rücksichtsloser Strenge 60 Rinder und ebenso viele Schweine abschlachteten.

Die kleinen Bauern stehen verzweifelt dabei, weinen oder verlassen mit tiefster Wut ihre Heimstätten. Die Erregung wuchs am Freitag umsomehr, als bekannt wurde, daß die großen Gehöfte des Freiherrn v. Richthofen zwar aufs peinlichste abgesperrt sind, aber von Zwangsschlachtungen verschont bleiben sollen. Die Bauern werden zwar für das geschlachtete Vieh entschädigt, erleiden aber doch einen gewaltigen Schaden, weil sie von der Milchproduktion leben und vorläufig an Erneuerung ihres Viehbestandes nicht denken können. Außerdem sind die aufgespeicherten Futtervorräte jetzt wertlos geworden. Bezeichnend ist, daß die gesamte konservative Presse die Sache totschweigt. Die Bauern bereiten eine Petition an den Reichstag vor und beabsichtigen, sich mit dem sozialdemokratischen Vertreter des Kreises, dem Genossen Sachse in Verbindung zu setzen.

Aus Mikoschs Heimatsland. In Großwardein macht die folgende eigenartige Skandalaffäre Aufsehen. Der ehemalige Abgeordnete Ersey war von verschiedenen Landwirten angeklagt worden, sie um Hunderttausende von Kronen betrogen zu haben. Die Gutsbesitzer wurden von dem Advokaten Dr. Beller vertreten. Als nun Dr. Beller zur Verhandlung erschien, wurde er auf dem Korridor von dem früheren Abgeordneten und jetzigen Angeklagten überfallen und geohrfeigt. Dr. Beller, ein Riese an Gestalt und Kraft, packte Ersey und trug ihn in ein unbenutztes Verhandlungszimmer, wo er ihn jämmerlich zerschlug. Dann sperrte er ihn in eine dort stehende große Kiste, die er zuriegelte. Als es zur Verhandlung kam, wurde gegen den früheren Abgeordneten ein Versäumnisurteil erwirkt. Später wurde Ersey durch ein paar Gerichtsdiener aus seinem unfreiwilligen Gefängnis befreit. Er will gegen Beller klagbar werden.

Wie der Reichsverband Beiträge eintreibt. In Königsberg i. Pr. hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eine Anzahl Mitglieder dadurch gewonnen, daß sein Sekretär in Begleitung von Aufsehern in einer Fabrik von einem Arbeiter zum andern gegangen ist und die Arbeiter zum Beitritt in den Reichsverband „ersucht" hat. Andere Arbeiter sind von reichsverbändlerischen Angestellten dem Reichsverband als Mitglieder genannt worden, ohne daß diese Arbeiter eine Ahnung davon hatten. Sie denken natürlich auch nicht daran, Beiträge zu zahlen. Der Generalsekretär des Reichsverbandes, Herr Max Taube, weiß sich jedoch zu helfen. Er schickt diesen Arbeitern folgendes Zirkular:

„Sehr geehrter Herr!

Aus unseren Kassenlisten ersehen wir, daß der von Ihnen für 1912 freundlichst gezeichnete Beitrag des Reichsbandes in Höhe von 1 Mark bei uns noch nicht eingegangen ist. Unser Kassenbote hat bisher vergebens bei Ihnen vorgesprochen. Da wir für die letzten Monate des Jahres einen Kassenbeamten leider nicht zur Verfügung haben, bitten wir ergebenst, den obigen Betrag freundlichst bis zum 5. November an den Unterzeichneten einzusenden. Sollte die Zusendung bis zum 5. November untunlich sein, dann dürfen wir die Erlaubnis voraussetzen, am 10. November den Betrag durch Postnachnahme zu erheben. Wir bitten, diese Maßnahme im Interesse einer glatten Kassenführung und unserer Bewegung gütigst zu entschuldigen.

In vorzüglicher Hochachtung
Max Taube,
Generalsekretär."

Die „glatte Kassenführung" besteht darin, daß der Reichsverband im November 1913 nach den Beitrag für 1912 einzutreiben versucht. Die Arbeiter sind zum Teil gezwungen worden, Mitglieder zu werden, zum Teil wissen sie nichts von einer Mitgliedschaft, und doch versucht man ihnen jetzt Beiträge abzunehmen und zwar durch Post-Nachnahme. Wie würde der Reichsverband über „sozialdemokratische Erpressung" schreien, wenn in ähnlicher Weise die Sozialdemokratie vorgehen würde!

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereinstöterei in Sachsen. In Gablenz bei Oederan hatte, wie die Freiberger Volkszeitung mitteilt, der Konsumverein Eppendorf eine Filiale errichtet. Bald begann ein Treiben gegen den Verein. Es wurde zunächst mit allen Mitteln dahin gearbeitet, dem Konsumverein die Mitglieder zu entziehen. Kam man auf diese Weise nicht zum Ziel, glückte es schließlich auf eine andere Art. Der Laden befindet sich nämlich im Hause des Postagenten, der zugleich die Posthilfsstelle für Gablenz unterhält. Hier setzte man ein. Dieser Tage ging dem Beamten ein Schreiben der Oberpostdirektion zu, worin er als Hausbesitzer aufgefordert wurde, dem Konsumverein den Laden für 1. April 1914 zu kündigen. Man wird sich vergebens fragen, mit welchem Recht die Postbehörde in die Privatangelegenheit ihrer Angestellten eingreift. Der Fall zeigt zudem wieder einmal, mit welcher Parteilichkeit hier eine Behörde gegen eine Bewegung vorgeht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, ihren Angehörigen billige Lebensmittel abzugeben. Wenn aber die eigentlichen Treiber glauben sollten, nun am Ziel ihrer Wünsche angelangt zu sein, dann gibt man sich einer Täuschung hin. Der Konsumverein wird ein anderes Unterkommen finden und auch weiter gedeihen.

Allerlei Wissenswertes.

Gegen Moos im Gartenrasen hilft am besten ausgiebige Düngung. Ein Düngemittel, welches hierbei große Dienste tut, aber nur in wenigen Fällen angewandt wird, ist der Kalk. Er sollte besonders im Herbst und im Frühjahr, und zwar bald nach dem Ausharken des Mooses, bei trockener Witterung und unmittelbar vor dem Überziehen des Rasens mit Komposterde ausgestreut werden. Am besten hierzu ist der gebrannte, an der Luft zerfallene Steinkalk, von dem auch der Komposterde, die im Sommer hin und wieder zur Rasendüngung benutzt werden soll, ein gut Teil beizumischen ist. Diese Komposterde muß reichlich mit Sand durchmischt sein. Fetter, mit unzersetzten, schmierigen Düngerteilen durchmischter Kompost begünstigt die Moosbildung. Gartenfreunde finden Ausführliches über die Bekämpfung des Mooses im Rasen in der letzten Nummer des praktischen Ratgebers im Obst- und Gartenbau, die sie auf Wunsch vom Geschäftsamt zu Frankfurt a. O. kostenfrei erhalten können.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unübertroffen wäscht Ragoda
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neusilb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusennadel 800/1000 (222
Schumann & Wille, Wittenberge.

Im
Pelz-Haus
Friedrich
Zimmermann
Beckergrube 50
größte Auswahl in
Pelz-
Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Muffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Baretts, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Felltepptche, Wagendecken.
Reparaturen etc. schnell und billig.
Kein Ausverkauf nach der Saison.
8000)
Sehr billige Detailpreise.
Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten

Moisling.
Sozialdemokratische Frauen.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 12. November
abends 8½ Uhr
im Lokale des Hrn. Siemers
(Kaffeehaus Moisling.)

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Neuwahl einer Schriftführerin.
3. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
4. Kassenbericht.
5. Verschiedenes.

Wegen dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossinnen zu erscheinen.
8462) **Die Einberuferin.**

Touristen-Verein „Naturfreunde".

Versammlung
am Mittwoch, d. 12. November
abends 8½ Uhr 8468

Oeffentliche politische Versammlungen. 8465

Auf zur Bürgerschaftswahl!

Gr. Volksversammlungen

finden statt:

am Donnerstag, dem 13. November,
abends 8½ Uhr

Etablissement „Flora", Nebenhofstraße.
Referent: Bürgerschaftsmitglied **Paul Löwigt.**

„Waisenhof", Fackenburger Allee.
Referent: Bürgerschaftsmitglied **Dr. I. Schlomer.**

„Weißer Engel", Ratzeburger Allee.
Referent: Parteisekretär **William Bromme.**

„Neu-Lauerhof", Arnimstraße.
Referent: Bürgerschaftsmitglied **Johannes Stelling.**

Am Freitag, dem 14. November,
abends 8½ Uhr

„Friedrich-Franz-Halle", Friedrichstr.
Referenten: Reichstagsabg. **Th. Schwartz** und Bürgerschaftsmitglied **Johs. Stelling.**

„Roter Löwe", Moislinger Allee.
Referent: Bürgerschaftsmitglied **Paul Löwigt.**

„Friedrichshof", Schwartauer Allee.
Referent: Arbeitersekretär **Fritz Mehrlein.**

„Wakenitz-Bellevue", Dorotheenstraße.
Referent: Parteisekretär **William Bromme.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die bevorstehende Bürgerschaftswahl.
2. Freie Aussprache.

Männer und Frauen! Bürgerschaftswähler! Beweist durch einen Massenbesuch der vorstehend aufgeführten Volksversammlungen, daß Ihr nachdrücklichst die Forderung nach einer zeitgemäßen Reform des Vierklassenwahlrechts zur Bürgerschaft erhebt. Sorgt ferner dafür, daß am nächsten Dienstag jeder Bürger zur Wahl geht. Es kommt auf jede Stimme an! Agitiert für einen Massenbesuch der Versammlungen!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.
Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 12. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radden: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung".
3. Wahl eines Hilfskomitees zum Wintervergnügen.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
8473) **Die Ortsverwaltung.**

Neu-Lauerhof.
2. Familien-Ball
am Mittwoch, 12. November.
Während der Zwischenpausen
Vorträge d. bekannten Salonhumoristen Ludwig Puls.
Hierzu ladet freundlichst ein
8469) **August Busch.**

„CINES"
Hansa-Theater.
Vom 7. bis einschl. 13. Novbr.:
Die zwei Sergeanten
Gr. Volksschauspiel in 6 Akten
sowie unsere renommiert. Lichtspiele.
Vorst. tägl. ununterbrochen von 5 bis 11 Uhr.
Sitzplätze von 25 bis 95 ₰
Vorverkauf bei (8189
Rudolph Karstadt, Breite Str.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 11. November 1913
49. Vst. i. V.-A. 9. Vst. i. Dienst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Hoheit tanzt Walzer
Operette von Leo Ascher.
Große Preise.
Mittwoch, den 12. November 1913
Geschlossen. (8455
Donnerstag, den 13. November 1913
50. V. i. Voll-A. 9. V. i. Donnerstag-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.
Carmen.
Oper von Bizet.
Große Preise.